Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 16. Freitag, den 19. Januar 1917. 24. Jahrg.

Die österreichische Staatsorganisation.*

Oesterreich (ohne Ungarn) besteht aus 17 Provinzen, die nach und nach unter die Herrschaft der Dynastie Habsburg gekommen sind und noch ihre alten Titel führen. Da gibt es Königreiche, Erzherzog- und Herzogtümer, Markgrafschaften, gefürstete Grafschaften, und eine Stadt, die zugleich eine Provinz ist, nämlich Triest. Man nennt diese Provinzen die „historisch-politischen Individualitäten" und es gibt große Parteien, die den einheitlichen Staat nur gar zu gern durch eine nicht allzu feste Zusammenfassung selbständigerer Provinzen ersetzt sehen möchten. Es haben sich auch noch gewisse Reste der provinziellen Selbständigkeit erhalten. Bis zum Jahre 1870 wurde sogar das Abgeordnetenhaus von den Landtagen gewählt und noch beim Zusammentritt des jetzigen, 1911 gewählten Hauses haben die bürgerlichen Tschechen ihre „Rechtsverwahrung" gegen diese Art der Wahl des Parlaments abgegeben und die Südslawen haben sich ihnen angeschlossen; aber auch die Polen waren niemals überzeugte Anhänger des einheitlichen, direkt gewählten Parlaments.

Der Reichsrat, der übrigens als einziger unter allen Parlamenten der Welt seit Kriegsbeginn noch nicht versammelt war, besteht aus zwei Häusern. Das Abgeordnetenhaus mit der viel zu großen Mitgliederzahl von 516 (bei 30 Millionen Einwohnern) wird seit 1907, allgemein, gleich, geheim und direkt gewählt. Die Wahlbezirke sind ziemlich klein, am kleinsten in Deutschösterreich — Wien allein wählt z. B. 33 Abgeordnete — und dann immer größer, je geringer die Steuerleistung wird. Dies allein gab die Möglichkeit, den Deutschen einen weit größeren Mandatbesitz zu geben, als ihnen bloß nach der Zahl zustehen würde, da die Industrie ihre Hauptsitze in den deutschen Gegenden hat. Es bestehen, ebenso wie beim deutschen Reichstag, nur einmännige Wahlkreise, die national möglichst einheitlich abgegrenzt sind, um wenigstens bei den Wahlen den nationalen Kampf auszuschalten. Eine Ausnahme besteht auf dem flachen Lande in Galizien, wo überall zwei Abgeordnete gewählt werden und zwar solcherart, daß der zweite einer Minderheit zufällt, die mehr als ein Viertel der abgegebenen Stimmen aufbringt. In Mähren wohnen Deutsche und Tschechen so durcheinander, daß eine territoriale Abgrenzung kaum durchführbar ist; hier besteht für die Wahlen der nationale Kataster, d. h. jedermann erklärt vorher, ob er sich als Deutscher oder Tschecke fühlt, und auf Grund dieser Eintragung wird dann gewählt.

Die erste Kammer heißt Herrenhaus und besteht aus den über 18 Jahren alten kaiserlichen Prinzen, die jedoch seit Jahrzehnten nicht erscheinen, aus erblichen Feudalgrundbesitzern, aus den höchsten Bischöfen und aus ernannten Mitgliedern. Ein Präsentationsrecht des übrigen Grundbesitzes, eine „geborene" Mitgliedschaft von Universitätsrektoren und Oberbürgermeistern wie in Preußen besteht nicht. Die Zahl der ernannten Mitglieder ist nach oben begrenzt; das hat das Herrenhaus für seine Zustimmung zur Wahlreform durchgesetzt.

Die Landtage, entsprechend den Provinzen 17 an der Zahl, sind Einkammerhäuser mit Kurienwahlsystem. Die Abgeordneten werden gesondert vom Großgrundbesitz, den Handelskammern, den Städten und Märkten und den Landgemeinden gewählt. Das Wahlrecht in diesen beiden letzten Kurien ist an eine Mindeststeuerleistung geknüpft, die von den meisten Arbeitern, Kleinhäuslern usw. nicht erreicht wird. Nur in einigen Provinzen ist noch eine allgemeine Kurie angegliedert, in der auch die „Nichtsteuerzahler", jedoch zusammen mit den privilegierten Wählern, einige wenige Mandate zu vergeben haben. Eine Ausnahme stellt Wien dar, wo man auch für die Landtagswahlen eine Art verschlechterten allgemeinen gleichen Wahlrechts eingeführt hat. Nur im niederösterreichischen Landtag sitzen also wenigstens einige wenige Sozialdemokraten, in allen andern gibt es keine oder nur vereinzelte.

An der Spitze der Provinzen stehen die k. k. Landesregierungen, zumeist Statthaltereien genannt. Ihre Unterinstanzen, die die eigentliche Verwaltung ausüben, sind die k. k. Bezirkshauptmannschaften. Daneben besteht nun die Selbstverwaltung der Gemeinden und eine geringe Selbstverwaltung der Bezirke, deren Vertretungen wieder nach Kurien und durchweg unter Ausschaltung der Arbeiter gewählt werden. Ueber diese Bezirksvertretungen sind die Landesausschüsse gesetzt. Sie werden von den Landtagen aus ihrer Mitte und aus den Abgeordneten der einzelnen Kurien gewählt und stellen gewissermaßen eine Art von parlamentarischen Landesministerien dar. Ihnen obliegt zu einem großen Teile die Verwaltung der Schulen, Krankenhäuser, des Armenwesens, des Straßenbaues, der Sanität und der öffentlichen Wohlfahrt.

Das Gemeindewahlrecht ist überall ein Kurienwahlrecht, die Arbeiter haben nirgendwo nennenswerten Einfluß, da es allgemeine Kurien nur selten gibt und selbst dort, wo sie bestehen, ihre Mandatzahl äußerst gering ist — in Wien z. B. 21 unter 160 — und hier ja auch noch die Privilegierten mitwählen, sodaß die Wiener Sozialdemokratie, die bei den Reichsratswahlen an Stärke den Christlichsozialen ungefähr gleich ist, und 1911 sogar die meisten Mandate Wiens dank einer günstigen politischen Konstellation erobern konnte, im Wiener Gemeinderat mit 7 Mann in hoffnungslosester Minderheit ist. Dazu kommt noch, daß die eigentliche Gemeindeverwaltung nicht von den Gemeinderäten, sondern von ihren Ausschüssen, den Stadträten ausgeübt wird, in denen natürlich so kleine Minderheiten gar nicht vertreten oder doch völlig machtlos sind. Die Gemeindeautonomie selbst ist in manchen Dingen größer als in Deutschland; die Bürgermeister werden aus der Mitte des Gemeinderats gewählt und verlieren mit Mandatsablauf ihre Stelle, es kann gar nicht vorkommen, daß der Bürgermeister, der übrigens Vorsitzender des Gemeinderats und zugleich Chef des Magistrats ist, sich dann als Vorgesetzter der Gemeindevertretung fühlt und Beschlüsse „beanstandet", wie man das in Deutschland öfter erlebt hat. Feuerwehr und alle Wohlfahrtspolizei sind überall gemeindlich, in allen großen Städten besteht allerdings Staatspolizei. Die Staatsbehörden machen von ihrem Aufsichtsrecht viel weniger Gebrauch als in Deutschland, was manchmal zu bedauern ist, da insbesondere in Wien und in den Sudetenländern oft genug die Macht der Gemeinde bewußt und absichtlich im Parteiinteresse der Herrschenden mißbraucht wurde.

Die Gerichte sind im großen und ganzen ebenso eingerichtet wie in Deutschland, mit dem Unterschied jedoch, daß die Bezirks(Amts)gerichte nur aus einem gelehrten Richter bestehen und Schöffen erst eingeführt werden sollen. Jetzt im Kriege sind die Geschwornengerichte in ganz Oesterreich aufgehoben und zwar auf Grund jenes bekannten Notverordnungsrecht des § 14 der Verfassung, das ursprünglich nur die Regierung ermächtigen sollte, bei Elementarkatastrophen, die während einer Parlamentspause eintreten, schleunigst Abhilfe schaffen zu können, seit dem Auftreten der Obstruktion im Parlament (1897) jedoch immer wieder benutzt wird, um die ganze Zuständigkeit des Reichsrats auf die Regierung schlankweg zu übertragen.

Gewerbegerichte bestehen erst in wenigen Groß- und Industriestädten, ganze große Industriebezirke ermangeln ihrer noch. Das Verwaltungsstreitverfahren ist nur gegen Entscheidungen der letzten Verwaltungsinstanz zulässig und es besteht darum auch nur ein Gerichtshof dafür, der k. k. Verwaltungsgerichtshof. Dagegen besitzt Oesterreich in seinem, auf Vorschlag des Reichsrates zusammengesetzten Reichsgericht einen besonderen Gerichtshof zur Entscheidung über Beschwerden wegen Verletzung verfassungsmäßig garantierter Staatsbürgerrechte. Mit dem deutschen Reichsgericht ist dieser Gerichtshof nicht zu verwechseln: was in Deutschland Reichsgericht heißt, ist in Oesterreich der oberste Gerichts- und Kassationshof.

Endlich kennt die Verfassung auch noch den Staatsgerichtshof, den gleichfalls der Reichsrat wählt und der zu entscheiden haben würde, wenn das Abgeordnetenhaus einmal mit Zweidrittelmehrheit beschlösse, einen aktiven oder gewesenen Minister in Anklagezustand zu versetzen. Bisher ist das noch nie der Fall gewesen. Das Gesetz sagt übrigens, daß in einem solchen Falle der Kaiser von seinem Begnadigungs- und Niederschlagungsrecht nicht Gebrauch machen würde.

Was die Schulaufsicht anlagt, so gehören den Orts-, Bezirks- und Landesschulräten neben ernannten und gewählten Vertretern stets auch die Geistlichen der Hauptkonfessionen an. Die Stellung der katholischen Kirche, die über gewaltige Besitztümer verfügt, ist in verschiedener Richtung privilegiert, so darin, daß eine katholisch geschlossene Ehe nur durch den Tod eines der Gatten endgültig geschieden wird und der andere erst dann eine gültige neue Ehe, selbst in einer anderen Konfession abschließen kann. Die Zivilehe, die in Deutschland, Ungarn usw. jeder kirchlichen Trauung vorangehen muß, besteht in Oesterreich nur als Notbehelf für Konfessionslose. Die „Rechtslage" der Dissidentenkinder ist dieselbe wie in Preußen, d. h. Zwang zum Religionsunterricht.

An Besonderheiten des höchst reformbedürftigen Steuersystems seien nur zwei hervorgehoben: die Freiheit der Staatseinkommensteuer von allen Gemeinde-, Bezirks- und Landeszuschlägen und die traurige Mietezinssteuer, die z. B. in Wien schon gegen 50 Proz. beträgt und deren Bestehen in erster Linie die unvergleichlich teuren Mieten und infolge davon das schlimme Wohnungselend zuzuschreiben sind.

Der Impfzwang ist zwar nicht gesetzlich, aber tatsächlich in den westlichen Provinzen durchgeführt. Die Schulpflicht ist zwar seit 1869 Gesetz, die Durchführung steht aber insbesondere in den rückständigen und klerikal verwalteten Provinzen des Ostens und des Südens auf dem Papier und es ist allgemein bekannt, daß dort noch starke Prozentsätze von Analphabeten vorhanden sind.

Mit Ausnahme von Nieder- und Oberösterreich und Salzburg umfassen alle historischen Provinzen zwei, wenn nicht mehr Nationen, die Provinzgrenzen gehen mitten durch nationale Siedelungsgebiete hindurch. Die Folge ist, daß in den meisten Landtagen der nationale Kampf eine noch größere Rolle spielt, als im Abgeordnetenhaus. Schon 1848 strebten erleuchtete Männer des damaligen Reichstags eine Neuordnung Oesterreichs als demokratischen Nationalitäten-Bundesstaat an, damit jede Nation vom Kampfe gegen die andere befreit, an sich selbst und für sich und das Ganze arbeiten könne. Die Sozialdemokratie hat 50 Jahre später dieses Programm wieder aufgenommen, wurde jedoch seither selbst national zerrissen. Es will manchmal scheinen, als ob der Weltkrieg für Oesterreich wenigsten das eine Gute haben sollte, daß die Notwendigkeit dieser gewaltigen Reform, der viele, viele nicht weniger bedeutungsvolle folgen müßten, mehr und mehr eingesehen würde.

*) Siehe Nr. 9 des „Lübecker Volksboten".

Sitzung des Parteiausschusses

Die Tagesordnung des am Donnerstag im Reichstagsgebäude zusammengetretenen Parteiausschusses lautete:

1. Stellungnahme zur augenblicklichen Situation und zu dem Sonderparteitag der Opposition;
2. Sonstiges.

Bei Beginn der Beratung wurde festgestellt, daß der erste Punkt natürlich auch eine Stellungnahme zu der durch die Ablehnung des Friedensangebots geschaffenen Lage ermögliche.

In seinem einleitenden Referat erklärte Ebert nachdrücklich, daß nunmehr an dem reinen Verteidigungscharakter des Krieges auf seiten Deutschlands und seiner Verbündeten kein Zweifel mehr bestehen könne.

Nach eingehender Besprechung der Entwicklung des Parteistreits und seiner Führung durch die Opposition kam Ebert zu dem Schluß, daß die Einberufung, die Verhandlungen und Beschlüsse der Konferenz der Opposition vom 7. Januar ihre Spaltungsabsicht offenkundig machen und mit dem Wortlaut und Geist des Parteistatuts dermaßen unvereinbar sind, daß dies im Interesse der Partei offen ausgesprochen werden müsse und hieraus die notwendigen Folgerungen zu ziehen seien.

In der sehr gründlichen Diskussion schlossen sich die Redner der Mehrheit dem Referenten an, nicht ohne daß mehrere von ihnen ihrem tiefen Schmerz über diese Entwickelung Ausdruck gegeben hätten. Die auf seiten der Opposition stehenden Redner bestritten sowohl die sachliche Richtigkeit der Beurteilung der Konferenzbeschlüsse durch Ebert, wie insbesondere die formale Berechtigung des Parteiausschusses zu so weitgehenden, nicht nur gutachtlichen Beschlüssen.

Den Verhandlungen lag folgende Resolution Löbe-Sindermann zugrunde:

„Einigkeit und Geschlossenheit im Handeln, freiwillige Unterordnung der Minderheit unter die Beschlüsse der Mehrheit, das sind die ersten Gebote einer demokratischen Massenbewegung, wie sie die Sozialdemokratie ist. Nur durch straffe Disziplin kann sie im Kampfe mit ihren zahlreichen und mächtigen Gegnern den sozialistischen Grundsätzen Geltung verschaffen. Je kritischer die politische Situation, je gefährdeter die Arbeiterorganisationen, desto fester muß der Zusammenschluß ihrer einzelnen Glieder sein, zur wirksamen Vertretung der Arbeiterinteressen.

Die Reichstagsfraktion hat unter Zustimmung des Parteiausschusses und der Reichskonferenz der Gesamtpartei im Verlaufe des furchtbaren Weltkriegs, dessen Charakter als Verteidigungskrieg für Deutschland nach der Bekanntgabe der maßlosen Eroberungsziele der feindlichen Regierungen von niemandem mehr ernstlich bestritten werden kann, den Grundsätzen der Partei getreu, die Mittel für die Landesverteidigung bewilligt. Eine Gruppe von Parteigenossen nahm dies zum Anlaß, um unter schwerstem Disziplinbruch die geschlossene Kampfesfront rücksichtslos zu zerreißen.

Sie hat die Reichstagsfraktion gespalten und als neue Fraktion die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft gebildet. Sie hat es seitdem als ihre Aufgabe betrachtet, die auf die Milderung der Kriegsleiden und die Herbeiführung eines baldigen Friedens gerichtete Politik der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu durchkreuzen und sie zum Schaden der Arbeiterklasse zu bekämpfen.

Das disziplinwidrige, jeder Demokratie hohnsprechende Treiben dieser Sonderbündler hat mit seinen häßlichen Begleiterscheinungen eine zunehmende Zerrüttung der Partei herbeigeführt. Sonderorganisationen, gegen die Politik der Partei gerichtete Kundgebungen und schließlich auch Gegenkandidaten gegen die Kandidaten der sozialdemokratischen Partei bei Wahlen waren die unausbleibliche Folge dieses verderblichen Vorgehens der anarcho-syndikalistischen Opposition und der mit dieser verbündeten Arbeitsgemeinschaft. Selbst vor dem Boykott des Zentralorgans der Partei und anderer Parteizeitungen schreckte die Opposition nicht zurück.

Jetzt haben die Leiter der Arbeitsgemeinschaft ihr parteizerstörendes Werk gekrönt durch die Einberufung einer Reichskonferenz der Opposition. Ihr Vorgehen, sie wirkten für die Einheit der Partei und im Rahmen der Partei, ist damit in seiner ganzen Unehrlichkeit enthüllt. Sie haben sich als Parteileitung aufgetan und zum 7. Januar ds. Js. Parteiorganisationen und Sonderorganisationen nach Berlin zusammenberufen. Sie haben dort unter anderm beschlossen:

„Die Orts- und Kreisorganisationen, deren Mehrheit die Auffassung der Opposition teilt, haben in stete enge Fühlung zueinander zu treten. Dort, wo die oppositionellen Genossen nicht die Mehrheit in der Organisation haben, haben sie im Rahmen des Parteistatuts unermüdlich für die Ausbreitung ihrer Anschauungen zu wirken und zur Erfüllung der der Opposition im Interesse der Partei obliegenden Aufgaben, sowie zur eigenen Belehrung in geeigneter Weise einen Zusammenschluß herbeizuführen."

Das ist die Gründung einer Sonderorganisation gegen die Partei, und die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft wie ihre Anhänger haben sich nunmehr auch von der Partei selbst getrennt. Die Schaffung dieser Sonderorganisation und die Zugehörigkeit zu ihr ist unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der Gesamtpartei. Daher ist es nun Aufgabe aller treu zur Partei stehenden Organisationen, dem unehrlichen Doppelspiel aller Parteizerstörer ein Ende zu machen und die durch die Absplitterung der Sonderorganisationen erforderlichen organisatorischen Maßnahmen zu ergreifen.

Die Einheit und Geschlossenheit der Partei zu festigen, damit sie den gewaltigen Aufgaben gewachsen ist, die sie noch während des schrecklichen Weltkrieges und nach seiner Beendigung zum Wohle der Arbeiterklasse und der weitesten Volkskreise im Geiste sozialistischer Weltanschauung zu erfüllen hat, ist Aufgabe aller Parteigenossen."

Diese Resolution wurde mit 29 gegen 10 Stimmen in namentlicher Abstimmung angenommen.

Ueber die Verhandlungen wird später ein ausführlicher Bericht erscheinen.

Vom Tage.

Der Zehnverband hat durch **Briand** dem Schweizer Gesandten in Paris eine Antwort auf die Note der Neutralen überreichen lassen, die neben einer Abschrift der Note an Wilson folgenden Inhalt aufweist:

„Die Verbündeten haben die Note vom 22. Dezember 1916 erhalten, durch die die Bundesregierung im Anschluß an die vom Präsidenten Wilson am 18. Dezember an die kriegführenden Mächte gerichtete Note den Wunsch ausdrückte, die Initiative des Präsidenten der Vereinigten Staaten zu unterstützen, und in dem Wunsch nach Wiederherstellung des Friedens sich bereit erklärte, an der Annäherung der im Kriege liegenden Nationen zu arbeiten und die Grundlage für ein fruchtbares Zusammenwirken unter den Völkern zu schaffen. Die ganze Welt kennt die Gesinnungen, in denen die Schweiz in vorsorglicher Weise stets unternommen hat, um die Leiden der Internierten, Schwerverwundeten und Evakuierten zu mildern, denen unaufhörlich die hingebendste Pflege gewidmet wurde. Die Verbündeten zollen daher den Gefühlen und Absichten Anerkennung, von denen die Mitteilung der Bundesregierung Zeugnis ablegt. Ihre Haltung ist in der Antwort an den Präsidenten Wilson klar gezeichnet worden. Da die Bundesregierung auf die Vorschläge Amerikas Bezug genommen hat, beehren die verbündeten Regierungen sich, ihr hiermit den Wortlaut ihrer Antwort mitzuteilen. Sie möge in diesem Dokument, das von der Note der belgischen Regierung begleitet ist, die Darlegung der Gründe erblicken, weshalb die Verbündeten es für unmöglich erachten, dem Wunsche zu entsprechen, dem sich die Schweiz angeschlossen hat."

Eine Note des gleichen Inhalts wurde den Pariser Gesandten Schwedens, Dänemarks und Norwegens überreicht.

*

Der norwegische König hat in einer Rede auf den Ernst der Lage hingewiesen und betont:

„Ohne Uebertreibung kann man sagen, daß die ernsteste Zeit uns noch bevorsteht. Obwohl die verantwortlichen Männer sich ehrlich bestrebten, scheint es, als ob die Forderungen, die an diese gestellt werden, immer weiter steigen, was die Lage erschwert. Aber ich will die innige Hoffnung aussprechen, daß es uns gelingen möge, das Land auch fernerhin außerhalb der Schrecken des Krieges zu halten, wenn sich alle ihrer Verantwortung bewußt sind."

Die neutralen Staaten sind in dieser Zeit in keiner beneidenswerten Lage. Und es ist kaum daran zu denken, daß sie sich vor Beendigung dieses furchtbaren Mordens verbessern wird, eher ist mit dem Gegenteil zu rechnen.

*

Laut dem Moskauer „Utro Rossii" hat die russische Regierung Bulgarien zu verstehen gegeben, Rußland wäre bereit, Bulgarien Gebietszugeständnisse in Mazedonien und der Dobrudscha im Falle eines Sonderfriedens mit dem Vierverband zu gewähren. Bisher seien aber alle Versuche in dieser Richtung erfolglos gewesen. Auch gegenüber der Türkei sollen von der russischen Regierung ähnliche Versuche unternommen werden. — Wir geben diese Meldung nur registrierend wieder, da wir ihr kaum irgendwelche Bedeutung beimessen.

*

Sasonow ist wieder aus der Versenkung, in der er verschwunden war, hervorgeholt worden und zwar als Botschafter in London. Er ist also auf einen bedeutsamen Posten gestellt worden.

*

Die Ernennung des Fürsten Golizyn wird in der Duma, bei den Reichsratsmitgliedern und in der russischen Presse als alles andere, nur nicht als Entspannung des politischen Wirrwarrs betrachtet. „Nowoje Wremja" schreibt: „Mit Rücksicht auf die Technik der Regierungsarbeit müssen die dicht nacheinander folgenden Wechsel schädlich wirken. Aus den bisherigen Ministerwechseln mußte die Schlußfolgerung gezogen werden, daß am Ministertisch nicht alles gut geht und daß man gezwungen ist, über die Gefahr nachzudenken, die darin liege." — „Rjetsch" meint: „Die neuen Ernennungen haben keinen in Erstaunen gesetzt, so unerwartet auch die Personenwahl war. Es gab wohl nur hier und da einen Optimisten, der mit der Möglichkeit rechnete, daß Rücksicht auf die herrschende Stimmung im ganzen Reiche genommen werde. Charakteristisch ist die Entfernung der gemäßigten Dumamitglieder, die auf ein Kompromiß zwischen der Regierung und Volksvertretung gehofft hatten."

Von den Kriegsschauplätzen.

Die Kriegslage.

WTB. Berlin, 18. Januar, abends. (Amtlich.)

Im Westen und Osten ist der Tag ohne besondere Kampfhandlungen verlaufen.

*

Wien, 18. Januar. (Amtlich.)

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen.

Tulcea und Isaccea in der Dobrudscha wurden von russischer Artillerie beschossen.

Heeresfront des Generaloberst Erzherzog Josef.

Zwischen dem Putna- und Casinu-Tal hatte eine kleine Unternehmung vollen Erfolg. Ein Offizier, [illegible] Mann und ein Maschinengewehr wurden eingebracht. Südlich der Oitoz-Straße brachen starke russische Angriffe in unserem Artillerie- und Maschinengewehrfeuer zusammen.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

In Wolhynien erhöhte feindliche Artillerietätigkeit.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Auf der Karst-Hochfläche und im Wippach-Tal hielt auch gestern starkes Artilleriefeuer an.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

Der Seekrieg.

Die Beute an feindlichen Dampfern.

In der mitgeteilten englischen Liste von englisch-französischen Schiffen, die von Mitte Dezember bis Mitte Januar dem Schoße des Atlantischen Ozeans zugeführt wurden, waren die Namen zum Teil verstümmelt. Wir geben nachstehend die berichtigte Liste und fügen die Tonnenzahl hinzu. Es handelt sich um die englischen Dampfer „Dramatist" (5415 Tonnen), „Radnorshire" (4310 Tonnen), „Minieh" (2810 Tonnen), „Netherby Hall" (4461 Tonnen), „Mount Temple" (9702 Tonnen), „King George" (3852 Tonnen), „Georgic" (10 077 Tonnen) und „Voltaire" (8616 Tonnen) und um die französischen Dampfer „Nantes" (2679 Tonnen) und „Asnieres" (3903 Tonnen). Der französische Dampfer „St. Theodore", der die Ehre hatte, eine deutsche Prisenbesatzung an Bord zu nehmen und jetzt unter deutscher Flagge zu fahren, verdrängt 4993 Tonnen, der ebenfalls beschlagnahmte Dampfer „Yarrowdale" 4652 Tonnen.

Unter den in Pernambuco gelandeten Mannschaften der zehn versenkten englischen und französischen Schiffe sind auch Franzosen, doch ist ihre Zahl und ihre Namen unbekannt. Von vier vermißten, als Hilfskreuzer verwandten französischen Schiffen gelten drei als versenkt, eins als in feindlichen Besitz geraten. Der sogenannte „deutsche Korsar" ist spurlos verschwunden.

In Amsterdamer Schiffahrtskreisen verlautet, daß von der neuen deutschen „Möwe" bisher etwa 70—75 000 Tonnen Laderaum vernichtet worden sind. Der Wert der vernichteten Schiffe mit ihren Ladungen wird auf etwa 80 Millionen Mark geschätzt.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Balfour an Wilson.

Der englische Minister des Aeußeren, Balfour sandte dem britischen Botschafter in Washington eine Depesche, die am 16. Januar der Regierung der Vereinigten Staaten übermittelt wurde. Darin heißt es: Der Uebersetzung der Note der Verbündeten, welche ich Ihnen schicke, wünsche ich einige Bemerkungen zuzufügen, die Sie zur Kenntnis der amerikanischen Regierung bringen wollen. Es ist sicher, daß kein dauerhaftes Bestehen von internationalen Beziehungen auf Grundlagen, welche tatsächlich verzweifelt morsch sind, aufgebaut werden kann. Das wird klar, wenn wir die große Ursache ins Auge fassen, welche die Katastrophe ermöglichte, unter der die Welt jetzt leidet. Jene Ursache ist das Bestehen einer durch Herrschsucht geleiteten Großmacht inmitten einer Gemeinschaft von Nationen, welche zu ihrer Verteidigung ungenügend vorbereitet waren. Dabei war die internationale Lage unsicher infolge des Umstandes, daß weder die Grenzen der einzelnen Staaten, noch ihre innere Zusammensetzung dem Streben der einzelnen Rassen, woraus ihre Bevölkerung bestand, entsprachen u. nachdem auch jene Rassen auf eine gleichmäßige Behandlung rechnen konnten. Daß dieser letztere Uebelstand in großem Maße geändert werden würde, wenn die Alliierten die Aenderung der Landkarte von Europa, welche ihre gemeinsame Note andeutet, durchführen könnten, ist klar und braucht nicht erläutert zu werden. Man hat gesagt, daß die Verbannung der Türkei aus Europa in dieses allgemeine Schema nicht passe. Weshalb, so wurde gefragt, verbindet man die Sache des Friedens mit einer vollständigen Umwandlung der traditionellen Politik? Die Antwort ist, daß die Umstände sich vollkommen geändert haben. Die neue Türkei der Einigkeit und des Fortschritts ist gleich barbarisch und viel aggressiver als die Türkei Abdul Hamids. Die Verbannung der Türkei wird gleich günstig für den Frieden sein, wie die Zurückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich, der Irredenta an Italien sowie alle anderen Territorialveränderungen, die in der Note der Alliierten angegeben werden. Einige meinen, daß dem Uebelstand durch internationale Verträge und Gesetze abgeholfen werden könnte, aber jene Leute haben aus der Geschichte nichts gelernt. Deutschland hielt sich abseits. Der deutsche Geist schmiedete mit unermüdlichem Fleiße Waffen, womit im günstigen Augenblick das Ziel erreicht werden könnte. Diese Tatsache beweist klar, daß Verträge zur Aufrechterhaltung des Friedens in Berlin keine große Zustimmung fanden, aber nicht, daß einmal geschlossene Verträge nutzlos wären. Das stellte sich erst heraus, als der Krieg entstand, aber dann wurde es sonnenklar. Belgien war nicht nur Schlachtopfer, sondern sollte als abschreckendes Beispiel dienen. Und damit jene Völker, welche zu ihrem Glück entweder durch die englische Flotte oder durch die eigene Kraft gegen die deutsche Armee geschützt würden, sich nicht sicher glauben sollten, hat das deutsche U-Boot innerhalb der jener Waffe gestellten Grenzen andauernd das barbarische Vorgehen nachgeahmt. Die Generalstäbe der Zentralmächte streben darnach, die Welt einzuschüchtern. Ein dauerhafter Friede ist nicht zu erreichen, wenn nicht drei Bedingungen erfüllt werden: 1. Daß die bestehende Ursache internationaler Beunruhigung soweit wie möglich entfernt und geschwächt werden soll, 2. daß die Angriffslust und die bedenkenlose Methode der Mittelmächte bei ihren eigenen Völkern in Mißkredit geraten, 3. daß hinter allen vertragsmäßigen Abkommen zur Verhütung oder zur Begrenzung von Feindseligkeiten irgend eine Form internationaler Sühne gesetzt werde, die dem kühnsten Angreifer Halt gebietet. — Diese Bedingungen werden zwar schwer zu erfüllen sein, aber nach unserer Ansicht entsprechen sie im allgemeinen den Idealen des Präsidenten Wilson.

Ein Eingehen auf diese Note können wir uns ersparen.

*

Ein lehrreicher Fall zum Kapitel „englische Blockade"!

Ein interessanter Brief ist in unsere Hände geraten. Darin schreibt eine englische Firma an eine Reederei in Göteborg das Folgende:

„Mit lebhaftem Bedauern stellen wir fest, daß Sie Ihrer Enttäuschung darüber Ausdruck geben, die Waren nicht erhalten zu können, nachdem Sie sich zuvor um Kunden bemüht haben. Auch wir sind hierüber enttäuscht, aber im Hinblick auf Ihre Bemerkungen ist der Schreiber dieses, der gestern in London war, selbst zu den Behörden gegangen und hat, nachdem er einen Tag lang sich mit der Sache beschäftigt hatte, schließlich die Ursache der ganzen Geschichte ermittelt. Die Behörden haben ihm nämlich mitgeteilt, daß Ihre Dampfer „X . . . . ." und „Y . . . . ." beide nach Deutschland Handel treiben, und die Behörden wollen die Zurückhaltung Ihrer Waren als eine Art von Hebel benutzen, um Sie zu veranlassen, Ihre Dampfer aus der deutschen Fahrt zu nehmen und sie für die Alliierten zu verwenden. . . . . Sollten Sie einen laufenden Kontrakt mit den Deutschen haben, so wäre dies eine andere Sache, und wir möchten annehmen, daß man Ihnen erlauben wird, jede derartige Verpflichtung einzuhalten; aber was gewünscht wird, ist eine womöglich von Ihnen selbst zu gebende Zusicherung, daß Sie in Zukunft Ihren Schiffen die Fahrt nach deutschen Häfen nicht gestatten werden."

So also sieht die Blockade aus, welche England angeblich mit Hilfe seiner Seestreitkräfte ausübt! Fern davon, diese Blockade wirksam mit militärischer Gewalt durchführen zu können — wie ja gerade die Klage über die schwedischen Dampfer, die nach Deutschland fahren, zeigt —, muß England versuchen, durch wirtschaftliche Daumenschrauben die Neutralen in die lückenhafte Blockade hineinzuzwingen, um sie vollständiger zu machen. Wie die darauf gerichteten Maßnahmen die wirtschaftliche Betätigung und die Freiheiten der Neutralen treffen, ist England sehr gleichgültig. Denn England ereifert sich für die Rechte der Neutralen bekanntlich immer nur dann, wenn ihm aus diesen Rechten nicht selbst ein Nachteil erwachsen könnte.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Etatsberatung im preußischen Abgeordnetenhause.

Die erste Lesung des Etats, die am Donnerstag im Abgeordnetenhause begann, führte zu einer ausgedehnten Besprechung nicht nur der innerpreußischen, sondern auch der auswärtigen Angelegenheiten. Gleich der erste Redner, v. Heydebrand (kons.), der sich im übrigen einer außergewöhnlichen Mäßigung befleißigte, zur Einigkeit mahnte und nicht davor zurückschreckte, auch den ländlichen Kreisen ihre Sünden vorzuhalten, brachte die gegenwärtige, durch die Ablehnung unseres Friedensangebotes verschärfte Kriegslage zur Sprache und forderte unter lebhaftem Beifall der übergroßen Mehrheit des Hauses den uneingeschränkten U-Bootkrieg. Ueber die speziell preußischen Angelegenheiten verbreitete er sich so gut wie garnicht; er protestierte lediglich gegen eine weitere Anziehung der direkten Steuern. — Abg. Herold vom Zentrum trat für einen gerechten Ausgleich zwischen den Interessen der Verbraucher und denen der Erzeuger ein und gab auch seinerseits der Ansicht Ausdruck, daß unsere U-Boote noch viel mehr leisten könnten, daß man aber den Zeitpunkt der Heeresleitung überlassen müsse. — Noch schärfer als v. Heydebrand befürwortete der Freikonservative v. Kardorff den U-Bootkrieg. Ebenso wie die Vorredner bezeichnete auch er das Friedensangebot als eine hochherzige Tat. Er forderte aber, daß nun auch, nachdem es abgelehnt wurde, die nötigen Konsequenzen gezogen würden. Interessant ist, daß Kardorff die Notwendigkeit einer Wahlrechtsreform offen anerkannte. Allerdings will er von der Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen nichts wissen; ihm schwebt vielmehr ein abgestuftes Wahlrecht vor Augen. Er wünscht, daß hierüber eine Verständigung zwischen den Parteien zustande kommt, damit die Regierung nicht zur Auflösung des Landtages gezwungen wird. Ferner fordert er eine Reform des Herrenhauses, aber nicht im liberalen, sondern im konservativen Sinne, als Gegengewicht gegen das Abgeordnetenhaus. — Nach einigen kurzen Bemerkungen des Vizepräsidenten des Staatsministeriums v. Breitenbach, der die Notwendigkeit innerpolitischer Reformen anerkannte, ohne aber bestimmte Zusagen zu machen, ergriff Dr. Friedberg (natl.) das Wort, der seinen schon früher gegen die Eisenbahnverwaltung erhobenen Vorwurf wiederholte, daß sie dem Ausbau der Wasserstraßen zu wenig Interesse entgegengebracht habe. Im übrigen bezeichnete er das Klassenwahlrecht als überlebt; er forderte Reformen auf dem Gebiete des Verwaltungswesens und die Befreiung der Dissidentenkinder vom Religionsunterricht.

Für die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen trat der Redner der Fortschrittlichen Volkspartei, Dr. v. Pachnicke, ein, dessen Rede eine scharfe Kritik der bisherigen Untätigkeit der Regierung auf dem Gebiete der Neuorientierung der inneren Politik bedeutete. Er verlangte, daß unter Umständen die Legislaturperiode so weit verlängert wird, bis die Wahlrechtsreform verabschiedet ist. — Die weitere Beratung ist auf Freitag vertagt. Es werden nur noch zu Wort kommen die Abgg. Korfanty (Pole) und Hirsch (Soz.)

Die preußische Wahlrechtsvorlage ausgearbeitet.

Die „Voss. Ztg." bringt folgende Nachricht:

„Wir erfahren von parlamentarischer Seite, daß die Regierung den Wahlrechtsentwurf bereits fertig ausgearbeitet hat und ihn sofort nach Friedensschluß dem Parlament unterbreiten wird. Ueber die Einzelheiten des Entwurfs beobachtet die Regierung Stillschweigen. Es darf aber schon jetzt angenommen werden, daß die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen nicht erfolgen wird. Dagegen werde das geheime und direkte Wahlrecht, wahrscheinlich verbunden mit dem Mehrstimmenrecht, sicher erwartet werden können."

Die Arbeiterschaft fordert das allgemeine gleiche geheime und direkte Wahlrecht, und zwar mit gutem Grund. Ist nicht vor kurzem betont worden, daß die Fortführung des Krieges auch eine Arbeiterfrage bedeute? Soll die Arbeiterschaft, die eine so wichtige Rolle im Staate spielt, rechtlich noch weiter hintangesetzt werden? Nein, das darf nicht sein!

Neue Wünsche des „Unabhängigen Ausschusses".

Durch den „Unabhängigen Ausschuß für einen deutschen Frieden" wird eine neue Flugschrift Prof. Schäfers versandt. Sie betitelt sich: „Nochmals: Zur Lage." Die Kriegsziele werden im einzelnen formuliert. Es wird u. a. gesagt, die Errichtung des polnischen Staatswesens weise einen Weg, dessen Gangbarkeit ernsteren Zweifeln begegne. Unsere Siedlungsmöglichkeiten seien aufs äußerste gefährdet, wenn den weiteren Wünschen der Polen nachgegeben werde. An eine Annexion Belgiens habe niemals irgend ein Vernünftiger gedacht; wohl aber müßte Deutschland danach trachten, sich für einen künftigen Zusammenstoß, der nicht ausbleiben werde, eine günstige Aufmarschlinie sowohl gegen Frankreich wie gegen England zu sichern. Die Frage, ob man auch Calais beanspruchen soll, läßt die Flugschrift zunächst offen. Die Kolonien müßten Deutschland zurückgegeben werden; höchstens für Ostasien könne ein bedingter Verzicht erwogen werden. Mit Belgien müsse sein Kongobesitz unter die Leitung Deutschlands kommen; vielleicht könne er als Tauschobjekt dienen, erwünschtere Gebiete zu erwerben. Eine Beteiligung Amerikas an etwaigen Friedensverhandlungen sei unbedingt zurückzuweisen; ebenso sei auch jede vertragsmäßige Verpflichtung der Teilnahme an einer später zu bildenden Staatengemeinschaft mit dem Zweck allgemeiner Friedenssicherung von vornherein abzulehnen. Deutschlands geographische Lage gestatte es ihm auch nicht, ernstlich auf Abrüstungsvereinbarungen und unbedingt bindende völkerrechtliche Schiedsgerichtsansprüche einzugehen. — Und das nennt sich: Unabhängiger Ausschuß für einen deutschen Frieden!

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Freitag, 19. Januar.

Im Dunkel dieser Zeit.

Das Licht ist tot!
Was leuchtet uns noch heute?
O sagt es mir, ihr lieben Leute,
was hängt als Lampe über unserm Abendbrot?

Was uns so blutgrell aus dem Dunkel loht,
brennt so, als wäre Nacht zu Oel geworden,
eins mit dem Blut von hunderttausend Morden
und mit dem Docht von Haß und Not.

O fiele Schnee, viel Schnee so Tag und Nacht,
und deckte mit der silberhellen Bleiche
den kriegzerwühlten Boden aller Reiche,
den Schmerz der Lebenden, jede Soldatenleiche,
den Fluch der Armen und der Reichen Macht.

Und brächte reinerer Gestirne Glanz
mit sich auf unsere arme kranke Erde,
damit uns wieder etwas Freude werde
und manchesmal ein Lied — ein Tanz!

Alfons Petzold.

Die „Gefahr einer Friedenskonferenz" zunächst gebannt.

Seitdem die gegen Deutschland vereinigten Mächte zum Bedauern aller fühlenden Menschen das Friedensangebot ablehnten, hält die alldeutsche Presse die Zeit für gekommen, unter großem Aufwand von bombastischen Redensarten, die hauptsächlich von Professoren und anderen Heimkriegern verfertigt werden, Stimmung für eine „verschärfte Kriegführung" zu machen und in mehr oder weniger versteckter Form die leitenden Personen der deutschen Reichsregierung, besonders den Reichskanzler, anzugreifen, weil sie nicht die Pfade der Annexionisten wandeln. Das nimmt sich bei Blättern, die einen gewissen amtlichen Charakter tragen, besonders mutig aus. Natürlich haben die breiten Massen des Volkes mit diesem Treiben absolut nichts zu tun. Ihre Wünsche sind grundverschieden von denen gewisser Redaktions- und Kathederstrategen, die, weitab vom Schuß, die Welt erobern wollen. Das ist bekannt und wir nehmen deshalb auch nur selten Notiz von den kriegerischen Ergüssen alldeutscher Seelen, womit auch die „Lübeckischen Anzeigen" fast jeden Tag ihre Spalten füllen. Gestern abend enthält das Amtsblatt u. a. einen Artikel, der — man denke! — von einem mehrfachen Doktor, Professor und Wirklichen Geheimen Rat stammt, und „Die Technik, zum Frieden zu kommen", in sehr merkwürdigen Gedankengängen behandelt. So gleichgültig uns sein Inhalt ist, um so bezeichnender ist eine Bemerkung, mit welcher die Schriftleitung des Amtsblattes ihn versieht:

„Die Ausführungen des berühmten früheren Leipziger Rechtslehrers, die uns in Gestalt eines Sonderabdruckes der Magdeburgischen Ztg. zugingen, erscheinen uns gerade jetzt, wo die Gefahr einer Friedenskonferenz mit Einmischung eines feindlich gesinnten Neutralen durch die deutsche Antwort an Wilson zunächst gebannt ist, in hohem Maße beachtlich."

Wenn man diese Zeilen liest, muß man sich daran erinnern, daß dieselbe Schriftleitung sofort über das Friedensangebot erschreckt und besorgt war, während im Gegensatz dazu die Millionen tapferer Deutscher und wohl auch die Streiter der Gegner, die an den verschiedenen Fronten in Schnee und Eis und Schlamm leiden, dulden und dem Tode stündlich ins Auge sehen, wohl noch nie eine größere Freude empfunden haben, als am 12 Dezember v. Js., da der baldige Aufgang der Friedenssonne erhofft werden konnte. Daß diese Friedensverhandlungen, wenn sie unter Mitwirkung Wilsons gekommen wären, eine Gefahr waren, hat jetzt die Schriftleitung des Amtsblattes glücklich herausgefunden; sie atmet ordentlich befreit darüber auf, daß durch die deutsche Antwort diese Gefahr gebannt sei. Bisher war man hier der Ansicht, daß nicht die deutsche Antwort, sondern die Note der Entente die Friedensverhandlungen unmöglich gemacht hat. Wenn es anders wäre, würde eine furchtbare Verantwortung auf der deutschen Regierung lasten, die sie vor dem Volke, das so viel opfern muß, niemals tragen könnte. Die Anmerkung der Amtsblatt-Schriftleitung läßt aber auch erkennen, daß die großen Heldenseelen, die mutvoll jeden Frieden durch Verständigung verwerfen und wenn der Krieg noch so lange dauert, weit hinter der Front zu finden sind.

Eine Hochflut von „Kundgebungen", in denen zur Verschärfung des Krieges usw. aufgefordert wird, ergießt sich gegenwärtig besonders von alldeutscher Seite aus kleinen und größeren Orten auf die leitenden deutschen Stellen. Da konnte denn auch Lübeck nicht fehlen. Am gestrigen Donnerstag wurde an den Kaiser folgende „Drahtung" — Telegramm sagt der Alldeutsche nicht mehr! — gesandt:

An des Kaisers Majestät,
Großes Hauptquartier.

Majestät!

In heißer Dankbarkeit hat auch Lübecks Bürgertum den Ruf seines Kaisers vernommen, bereit, den Willen zum Siege in neuen Opfern an Gut und Blut zu bekunden. Lübecks Bürger sind überzeugt, daß nunmehr, da es um Sein oder Nichtsein des deutschen Vaterlandes geht, alle Waffen zu Lande und zur See **in all ihrer Schärfe ungehemmt** gegen den Feind gewandt werden. Mit dem ganzen deutschen Volke sieht die alte Hansestadt hierin die Bürgschaft für den vollen Sieg über alle Feinde. Ein solcher Sieg wird, so erwarten wir zuversichtlich, des Deutschen Reiches Sicherheit zu Lande gewährleisten und das große Werk Euer Majestät, Deutschlands Seegeltung, zu voller Entwicklung führen. Ein solcher Sieg kann allein dem Vaterlande einen deutschen Frieden bringen, ungeschmälert durch fremde Einflüsse, mit der Gewähr für des Deutschen Reiches Kraft und Freiheit in alle Zukunft.

Lübeck, den 18. Januar 1917.

Im Namen Tausender von Bürgern Lübecks.
im Auftrage:
Eisenbahndirektor Christensen.

Herr Eisenbahndirektor Christensen ist einer der Führer der hiesigen Alldeutschen, von denen diese „Kundgebung" ausgeht. Wer die „Tausende von Bürgern Lübecks" sind, die ihn dazu beauftragt haben, ist aus der Kundgebung leider nicht ersichtlich. Bisher war die Zahl der Leute, die sich hier zu den Alldeutschen zählten, nur recht klein. Allerdings befanden sich einflußreiche Personen darunter. **Die weit überwiegende Mehrheit der Lübecker Einwohnerschaft und der Lübecker Bürger steht ihren Anschauungen scharf ablehnend gegenüber und hat auch mit dieser sehr durchsichtigen „Kundgebung" nichts zu tun.** Und die deutsche Heeresleitung bedarf doch wohl keinerlei Anleitungen für die weitere Art der Kriegführung, wie sie in der vorstehenden, von unverantwortlichen und sich auf keinerlei Sachkenntnis stützenden Kreisen kommenden Drahtung enthalten sind.

Bewirtschaftung der Kohlrübe. Man schreibt uns: Seit über 30 Jahren befasse ich mich mit dem Anbau und der Verwertung von Kohlrüben und habe dabei die Erfahrung gemacht, daß kein Wurzelgewächs durch unsachgemäße Aufbewahrung im Winter so leicht verdirbt und wertlos wird, wie die Kohlrübe. Die Gefahren bei der Ueberwinterung sind noch viel größer als bei den Kartoffeln oder Möhren oder Runkelrüben. Es ist im jetzigen Notfall besonders zu bedenken, daß die Kohlrübe ja eigentlich zum Zweck der tierischen Ernährung angebaut worden ist, daß man bei ihrer Kultur auf massenhafte Erträge sieht, daß die Sortenwahl, die Düngung, die Aberntung usw. nicht auf den Bedarf als menschliches Nahrungsmittel eingerichtet waren. Leider sind in diesem Jahre überall in Deutschland Kohlrüben bei Frostwetter geerntet und sofort in Kellern und Mieten eingewintert worden. Es ist zu befürchten, daß man mit solchen Kohlrüben von Februar ab schlechte Erfahrunzen machen wird.

Aber auch unter den mit Stallmist und Jauche gedüngten Kohlrüben befinden sich viele, die im Innern hohl sind. Von außen sieht man ihnen keinerlei Krankheitserscheinungen an. Die Rüben faulen im Lager von innen heraus und stecken ihre ganze Umgebung an, wodurch auch Geruch und Geschmack der gesundbleibenden Kohlrüben ungünstig beeinflußt wird. Die mit dem Ankauf von Kohlrüben beauftragten Organe sollten die übermäßig dicken Kohlrüben alle zurückweisen, weil diese eine zu große Gefahr im Lagern bilden und besser als Viehfutter verwertet werden. — Weiter ist folgendes zu beachten: In allen wasserhaltigen Grünpflanzen, zu denen ja auch alle Knollengewächse gehören, geht nach der Ernte eine chemische Zersetzung, eine langsame Oxydation vor sich, welche die Menge der nutzbaren Stoffe von Tag zu Tag vermindert. In den lebenden Stoffen — in unserem Falle also Kohlrüben — kommt dazu die Fortsetzung des Stoffwechsels, welcher das Leben ausmacht. Der Verlust, der hierdurch entsteht, wird der Atmungsverlust genannt. Der Gehalt an Zucker und Eiweiß geht ständig zurück. Aus diesem Grunde sind ja z. B. die Zuckerfabriken genötigt, ihre Kampagnedauer möglichst abzukürzen. Der Atmungsverlust ist bei den Kohlrüben während des Winters, sei es in Kellern oder Mieten, so groß wie bei irgend einem Knollengewächs. Vom Februar, spätestens März ab schätzen wir Landwirte die Nährkraft der Kohlrüben kaum halb so hoch ein wie im November und Dezember. Wird nun die Kohlrübe noch unsachgemäß überwintert, dann können für die Städte, die jetzt den Ankauf im großen vornehmen, enorme Verluste eintreten. Der wichtigste Grundsatz ist, die Kohlrübe so kühl als möglich im Winter aufzubewahren. Die Temperatur im Kohlrübenlager, sei es im Keller oder Erdmiete, sollte + 4 bis 6 Grad Celsius nicht übersteigen. Es ist eine alte Erfahrung, daß die Kohlrüben, wenn sie in zu warmen, schlecht gelüfteten Kellern aufbewahrt werden, schon vor Weihnachten aus den seitlich vom abgehackten Blattkranz sich befindenden schlafenden Knospen wieder Blätter treiben. Dadurch wird die Knolle in sich trocken und schwammig. Erfahrene Landwirte heben ihre Kohlrübenvorräte deshalb fast nur in Erdmieten auf. Zu diesem Zweck darf man keine Gruben ausheben, sondern man setzt eine Miete auf ebener Erde mit 1½ Meter Sohlenbreite dachförmig auf. Man deckt sie zunächst nur mit einem Spatenstich Erde zu als Sicherheit gegen plötzlich eintretenden Frost. Dabei muß an der Oberseite der Miete ein ½ Meter breiter Streifen unbedeckt bleiben, damit die Luft zirkulieren kann. Erst später, wenn starker Frost eintritt, wird eine frostsichere Decke angebracht und der offengelassene Dunststreifen am First mit strohigem Dünger abgedeckt. Die Temperatur in den Mieten ist durch besondere Mietenthermometer zu beobachten. Deckt man die Mieten zu warm zu und sorgt nicht für genügende Ventilation, dann kann bis Frühjahr der ganze Vorrat in der Miete zusammenfaulen. Zu bedenken bleibt ferner, daß die Kohlrübe, bis sie zuletzt an den Konsumenten kommt, sehr viel hin- und hergeworfen wird und auch dadurch ihre Haltbarkeit notleidet. Sollen die Kohlrüben eingelagert werden, so dürfen dazu nur ganz kühle, trockene, gut gelüftete Kellerräume genommen werden; außerdem dürfen sie dort nicht höher als 1,25—1,50 Mtr. gelagert werden. Besser ist die Aufbewahrung, wie oben erwähnt, in Erdmieten. Am besten werden jedoch alle Verluste vermieden durch künstliche Trocknung der Kohlrüben. Sobald durch das Trocknen des Wasser entzogen und die chemische Zersetzung abgeschnitten ist, können weder Substanz- noch Nährstoffverluste eintreten. Die Zahl der Trockenanlagen hat sich im letzten Kriegsjahr in Deutschland so vermehrt, daß zweifellos ein sehr großer Teil des Bedarfs an Kohlrüben für die menschliche Ernährung künstlich getrocknet werden kann. — Das Trocknen von Kohlrüben würde der Zustimmung des Kriegsministeriums bedürfen.

Richard Strahl †. Gestern morgen entschlief nach kurzer Krankheit der Inhaber des weitbekannten Kaufhauses Rudolph Karstadt hierselbst, Herr Richard Strahl, im Alter von 52 Jahren. Er folgte nun seinem im Jahre 1914 gestorbenen Bruder Wilhelm in den Tod, mit dem er gemeinsam das Geschäft zu seiner heutigen Größe emporgeführt hatte.

Eine sichtbare teilweise Sonnenfinsternis. Am 22. Januar findet eine partielle Sonnenfinsternis statt, deren Phasen folgende sind: Beginn der Finsternis 6 Uhr 43,4 Min. vormittags, größte Verfinsterung 8 Uhr 28,3 Min. und Ende der Finsternis 10 Uhr 13,0 Min. vorm. Die größte Verfinsterung beträgt in Teilen des Sonnendurchmessers 0,725. Sichtbar ist die Finsternis in Europa mit Ausnahme von Großbritannien, Portugal und des westlichen Teiles von Spanien, in Nordafrika, Vorderasien, Arabien, dem nördlichen Teile von Vorderindien, Turkestan und Westsibirien. In Mitteleuropa ist nur das Ende der Finsternis zu beobachten, da die Sonne hier schon verfinstert aufgeht, doch beträgt die größte Verfinsterung in Deutschland bei Sonnenaufgang noch mehr als 0,6 des Sonnendurchmessers. Zur Beobachtung der Erscheinung mit unbewaffneten Auge muß man sich selbstverständlich eines stark gefärbten, oder durch Lampenruß geschwärzten Glases bedienen. Sofern man kein mit Dämpfglas versehenes Instrument anwenden kann, übertrage man das vom Fernrohr entworfene Sonnenbild auf einen weißen Schirm (reinweißes Papier); diese Beobachtungsmethode ist die bequemste und ungefährlichste.

pd. **Lebensmittel unterschlagen.** Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Zoppot, der für einen Seemann den Transport eines Sackes mit Lebensmitteln nach dem Bahnhofe übernommen hatte, diesen aber nicht ablieferte, sondern den Inhalt für sich verkaufte.

pd. **Beim Rodeln** ist vor einigen Tagen einem 5jährigen Knaben ein hölzerner kleiner Rodelschlitten gestohlen. Als Täter kommt ein ca. 11jähriger Knabe in Betracht.

pb. **Entwendeter Treibriemen.** In der Nacht zum 16. ds. Mts. ist aus dem Kesselhaus einer Fabrik in der Fackenburger Allee ein 10 Meter langer und 12 Zentimeter breiter Treibriemen gestohlen worden.

Rücknitz-Siems. Eine öffentliche Versammlung wird sich am Sonntag nachmittag 4 Uhr im Saale des Herrn Dickelmann zu Rücknitz mit dem Zivildienstpflichtgesetz beschäftigen. Das Referat hat Genosse Bromme-Lübeck übernommen. Die Arbeiter, die am meisten von dem Gesetz betroffen werden, sollten sich durch den Besuch der Versammlung eingehend darüber informieren. Keiner fehle.

Kellinghusen. Milchpreiserhöhung. Entgegen ihrem Hauptversammlungsbeschluß, keine Preiserhöhung eintreten zu lassen, hat die hiesige Meierei den Preis für die Vollmilch doch auf 24 Pfg. heraufgesetzt. Begründet wird dies damit, daß die Meierei selbst zu wenig Milch hat, so daß sie, um ihre Stadtkunden zu befriedigen, noch Milch hinzukaufen muß, die ihr selbst 22 Pfg. kostet. Die dabei entstehenden Unkosten bedingen die genannte Verteuerung. Die Magermilch behält ihren bisherigen Preis. — In Lübeck streben die Milchproduzenten und ihre Meierei danach, den Preis von 24 Pfg. zu erhöhen, der in Kellinghusen jetzt durchgesetzt werden soll.

Hamburg. Ein Mörder sechzehn Jahre nach der Tat verhaftet. Die Hamburger Polizei verhaftete einen stellenlosen Hausdiener aus Altona, der ohne Obdach war. Der Mann ist 38 Jahre alt; er erklärte bei seiner Vernehmung, daß er im Jahre 1901 in Bischofsburg (Ostpreußen), wo er damals garnisonierte, ein junges Mädchen, mit dem er ein Verhältnis hatte, nach einem Streit in die Militärbadeanstalt geworfen habe, so daß es ertrank. Die Angaben des Verhafteten werden durch Ermittlungen in Bischofsburg nachgeprüft.

Rostock. Ein eigenartiger Kommunalkonflikt. Seit langem besaß die Stadt Rostock ein Elektrizitätswerk, dem sie später eine Ueberlandzentrale angliederte, die auch die nahe gelegenen Städte und sonstigen Ortschaften mit Strom versorgte. Vor einigen Jahren verpachtete die Stadt beide Betriebe an die „Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft" in Berlin. Als Begründung wurde angeführt, daß die Landesregierung das Gebiet des Großherzogtums Schwerin hinsichtlich der Versorgung mit elektrischem Strom in zwei Hälften einteilen wolle, wofür nur je eine Ueberlandzentrale zugelassen werde. Für den östlichen Teil des Landes wäre die städtische Ueberlandzentrale in Rostock in Frage gekommen. Die Stadt vermeinte aber, die event. erforderlichen Millionen für die Anlage zwecks Stromversorgung für den ganzen Landesteil nicht aufbringen zu können; andererseits befürchtete sie, daß die Landesregierung die „A. E. G." deshalb konzessionieren würde, die dann das bei der Stadt Rostock angeschlossene Abnehmergebiet von dort beziehen und so die Rostocker Ueberlandzentrale zur Unterbilanz verurteilen werde. Darum überließ die Stadt Rostock ihre Werke der „A. E. G." pachtweise auf 40 Jahre. Jetzt ist es wegen des seitens der „A. E. G." von den Stromabnehmern erhobenen Warenumsatzstempels zu einem Konflikt gekommen. Der Magistrat der Stadt Rostock erklärt in der Presse, die Abwälzung des Warenumsatzstempels auf die Verbraucher widerspreche dem zwischen der Stadt und der „A. E. G." abgeschlossenen Vertrag. Nach diesem darf der Tarif ohne Genehmigung der Stadt nicht erhöht werden, dürfen nur Elektrizitätssteuern auf die Strompreise aufgeschlagen werden. Der Warenumsatzstempel sei aber keine Elektrizitätssteuer im Sinne des Vertrages. Der Magistrat hat deshalb dem Vorgehen der „A. E. G." seine Genehmigung nicht erteilt und stellte den Stromabnehmern anheim, die Zahlung des Warenumsatzstempels zu verweigern. Der Magistrat behalte sich die gerichtliche Feststellung vor. Die „A. E. G." erwidert darauf in der Presse, die Erhebung des Warenumsatzstempels von den Stromverbrauchern sei nicht als Tariferhöhung anzusehen, die „A. E. G." sei zur Abwälzung von Elektrizitätssteuern und damit auch zur Weiterberechnung des Umsatzstempels befugt. Wenn der Magistrat seine Bekantmachung nicht zurückziehe, werde die „A. E. G." die Sache „rechtlich" zum Austrag bringen.

Der amtliche Kriegsbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 19. Januar. (Amtlich)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Unsere Patrouillen führten an mehreren Stellen erfolgreiche Unternehmungen durch.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Die in den letzten Tagen regere Gefechtstätigkeit flaute wieder ab.

Front des Generalobersten Erzherzog Josef.

Nördlich des Susita-Tales, in der Gegend von Manesti, scheiterten gegen unsere Höhenstellungen unternommene Angriffe unter schweren Verlusten für den Feind.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Die Lage ist unverändert.

Mazedonische Front.

Der Vorstoß einer englischen Kompagnie gegen Seres wurde leicht abgewiesen.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Theater und Musik.

Stadttheater. „Kabale und Liebe", ein bürgerliches Trauerspiel in 5 Aufzügen von Schiller. Dieses Drama ist eine flammende Anklage gegen unhaltbare soziale Zustände, die der Dichter selbst auf das schmerzlichste empfand; seine Schärfe schont auch nicht die Inhaber von Fürstenthronen, die, um ihre Begierden und Lüste zu stillen, das Volk auspreßten und als Kriegssklaven verkauften. Glänzend im Aufbau, in der Sprache und der Charakterisierung der handelnden Personen, übt das Trauerspiel auch in unseren Tagen, da vieles anders geworden ist als zu Schillers Zeiten, noch immer eine mächtige Wirkung aus. Gestern gelangte es unter Stengels Leitung zur Wiedergabe. Der Ferdinand des Herrn Steinhofer war vom Ueberschwang und Feuer der Jugend beseelt. Zu den lieblichsten, keuschesten Frauengestalten, die der Dichter geschaffen hat, gehört die Luise Millerin, deren Kraft und Größe die Reinheit ihrer Empfindungen ist; Frl. Schultz fand noch nicht immer den unmittelbaren, bezwingenden Ausdruck für das Innenleben dieser zarten Mädchenknospe. Der von ihr häufig angewendete starre Blick der weitgeöffneten Augen gibt dem Gesicht etwas Unnatürliches, Befremdendes. Schlicht und echt zeichnete Herr Schweisguth den Miller, dessen Frau in Frl. Trebe gut verkörpert wurde. Den machtgierigen gewissenlosen Präsidenten kann man sich wohl noch robuster, herrischer denken, als er von Herrn Wiegner dargestellt wurde, der im übrigen eine tüchtige Leistung bot. Der intrigante Sekretär Wurm des Herrn Stenzel war ein Bösewicht der alten Schule, ohne besondere Züge. Klug und liebenswürdig gestaltete Frau Berka die Lady Milford. In den Szenen, da sie die Bühne betrat, stand sie im Mittelpunkt des Interesses. Die weniger bedeutenden Rollen waren mit Frl. Erler (Johanna) sowie den Herren Kowalewski (Kalb) und Schubert (Diener des Fürsten) gut besetzt. P. L.

Neueste Nachrichten.

Dessau, 18. Januar. Im benachbarten Dorf Dorfstedt stieß der in Dessau in Arbeit stehende Jankobiak seinen ältesten Sohn, der seinen Eltern viel Kummer bereitet hatte, in die Mulde. Der Knabe konnte sich mit Hilfe von zwei Leuten retten, die ihn nach dem Krankenhaus brachten. Aus Furcht vor Strafe für dieses Verbrechen erschoß heute nacht Jankobiak seine Ehefrau und seine drei Kinder im Alter von 5, 8 und 10 Jahren in der Küche seiner Wohnung. Er selbst erhängte sich. Herbeieilende Nachbarn, die die Schüsse vernommen hatten, schnitten Jankobiak, der noch lebte, ab.

Essen, 18. Januar. Auf einer Konferenz der Regierung und der Dortmunder Stadtverwaltung wurde erklärt, daß die Herabsetzung der Kartoffelration auf drei Pfund lediglich auf sechs Wochen gedacht sei.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Ein Waggon

Porzellan und Steingut

von den Fabriken zurückgesetzte Inventurwaren, außerordentlich billig zum Verkauf gestellt

6995)

Speiseteller glatt, flach und tief **14** ₰ — gerippt und festoniert, tief und flach **16** ₰ — bunt, von Servicen, tief und flach **20** ₰

Milchtöpfe konische Form mit Schrift

Inh. 1/4 Lit.	3/8 Lit.	3/4 Lit.	1 Lit.	1 1/2 Lit.	2 Lit.
25 ₰	30 ₰	55 ₰	70 ₰	85 ₰	1.05

7 **Küchenschüsseln** . . . . . im Satz **1.95**

6 **Gemüsetonnen** Delfter Decor . . . . . im Satz **3.50**

6 **Gewürztonnen** Delfter Decor . . . . . im Satz **1.45**

Salz- und Mehlmetzen dekoriert, mit Holzdeckel . . . . . **60** ₰

Waschbecken verschiedene Formen, von Servicen, **1.45** und **85** ₰

Wasserkannen verschiedene Formen, von Servicen, **90** ₰ und **65** ₰

Seifen- u. Bürstenschalen von Servicen . . . . . Stück **10** ₰

Essig- u. Oelflaschen verschiedene Dekore . . . . . Stück **18** ₰

Porzellan-Kaffeekannen . . **28** ₰

Porzellan-Teekannen . . . . . **42** ₰

Porzellan-Milchtöpfe . . . . . **25** ₰

Porzellan-Speiseteller . . . . **32** ₰

Porzellan-Frühstücksteller **18** ₰

Kaffee- und Teetassen Porzellan, mit Goldband . . . . . **28** ₰

Kaffee- und Teetassen Porzellan, mit Kantendekor . . . . . **30** ₰

Kaffee- und Teetassen Porzellan, mit breiter Rosenborte . . . . . **48** ₰

Marmeladendosen Porzellan, schön dekoriert . . . . . **58** ₰

Puddingschale u. Kanne mit breiter Rosenborte . . . . . zusammen **1.10**

Ein Posten

Kaffee- und Teekannen, Milchtöpfe, Teller und Vasen

mit Schwarzwälder Bauerndekor, **enorm billig.**

In der Lebensmittel-Abteilung.

Alkoholfreie

Erfrischungs-Getränke

Punsch-Extrakte.

Arrak-Geschmack, süßstoffhaltig Fl. 3.00 u. **2.20**
Rum-Geschmack, süßstoffhaltig Fl. 3.00 u. **2.20**
„Si-Si" u. Glühpunsch Fl. 3.00 u. **2.20**

Bilz-Frucht-Extrakt . . Fl. 2.15 u. **1.25**
Lemon Squash Zitronen-Limonade Fl. **90** ₰

In Feldpostpackug

Punsch-Extrakte mit Arrak- und Rumgeschmack . . . . . / „Si-Si" und Glühpunsch } Packung **1.45**

„Ruwil" der fertige Kaffee . . Dose 1.70 u. **85** ₰
Edel-Kaffee-Ersatz m. Nährsalz. Paket **85** ₰
Gebrannte Gerste . . . . . Pfund **44** ₰
Marko-Polo-Tee . . . . . 1/8 Pfund **80** ₰
Maimond-Tee aus edl Waldkräutern Pak. **50** ₰

Gemüse-Suppen . . . . . Paket **15** ₰
Dr. Straßmanns Familien-Suppe . . . **25** ₰
Schmeißers Sossen-Würfel . . . Stück **12** ₰
Wiener Fleisch-Sossenpulver Pak. **15** ₰
Dr. Straßmanns Torten-Pulver . . Pak. **25** ₰

Dr. Klemms Butterstreck. „Heureka" streckt 1/4 Pfd. Butter zu 1/8-Pfd.-Paket **15** ₰

Henkels Seifenpulv. „Dixin" Pack **30** ₰
Waschpulver Lessive Phénoménal ohne Seifenkarte . . . . . Pack **45** ₰
Rud. Hermanns Seifenpulver Markenfrei . . . . . Paket **55** ₰
Waschpulver „Wäschermädel" Markenfrei . . . . . Pack **50** ₰
Raabes Bleichsoda . . . . . Pack **20** ₰
Stärke-Ersatz „Plätterin" . Paket **20** ₰

Paraffin-Kerzen

Stück **35** ₰ und **45** ₰

Holstenhaus G. m. b. H. Lübeck

Zigarren, Zigaretten Tabak — Shag. Hamburger schwarz. Kraus. Zürdh lzer — Größte Auswahl u. großes Lager in allen Preislagen — Billigste und beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer u. Private. (7012 **Grundmann,** Schüsselbuden 18, I. Fernspr. 418.

Ernährungsausschuss.

Verkauf in der Markthalle heute u. folgende Tage:

Aepfel Pfd. **65** Pfg.

Verkauf an jedermann. (6994

J. H. Pein

Am Markt 12.
Breite Straße 64.

Beste Bezugsquelle für erstklassige :: Manufakturwaren :: Spezialhaus für Betten Bettfedern u. Daunen Herren- und Knaben-Garderob. Arbeiter- und Berufs-Kleidung.

England und die Sperrung der See

Preis 35 Pfg.

Buchhdl. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Knochenverkauf.

Morgen, Sonnabend, kein Knochenverkauf.

7005 Paul Lohrmann.

Das Grundübel.

Separatdruck von fünf Artikeln aus der Dortmunder „Arbeiter-Zeitung" in der sie im Monat Juli 1916 erschienen sind.

Von A. Gerisch.

— Preis 15 Pfg. —

Zu haben:

Buchhdl. Fr. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

Konsumverein für Lübeck u. Umgeg.

e. G. m. b. H.

Die

Bezirksversammlungen

finden wie folgt statt: Für die Mitglieder der Warenabgabestelle

Holstentor-Nord: Am Sonnabend, dem 20. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Johannisstrasse.

in Moisling: Am Sonnabend, d. 20. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Moislinger Kaffeehaus.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

1. Die Einwirkung der Kriegswirtschaft auf die Warenvermittlung.
2. Wahlen zum Genossenschaftsrat.

Um den Mitgliedern Aufschluß über unsere jetzige Tätigkeit geben zu können, ist zahlreiches Erscheinen der Mitglieder und deren Frauen dringend erwünscht.

(6958) **Der Vorstand.**

Drucksachen aller Art

fertigt an

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Betten, Bettfedern u. a. Betten-Artikel

kaufen Sie billig und reell bei

Markt **4. Otto Alberts** Kohlmarkt **10.**

z. B. kompl. Betten v. 12.50 M an Federn per Pfd. v. 45 ₰ b. 4 M.

6990) Rote Lubeca-Marken.

Volksküche. 6987

Sonnabend, den 20. Januar: Haferflockensuppe mit Kartoff.
Sonntag, 21. Januar: Fleischsuppe mit Nudeln und Kartoffeln, Ochsenfleisch.
Montag, d. 22. Januar: Gerstgrütze mit Kartoffeln.
Dienstag, 23. Januar: Rübensuppe mit Kartoffeln.

Hansa-Theater. 6998

Zum letzten Male:

Der Juxbaron

Vorverkauf Sager, Kohlmarkt.

Ab Sonnabend, d. 20. Januar:

Polnische Wirtschaft.

Rechnungs-Formulare

werden hergestellt in der Buchdruckerei „Lüb. Volksbote"

Stadttheater. 6989

Freitag, den 19. Januar 1917
Anfang 7 1/2 Uhr:

Die Jüdin.

Oper von Halevy.

Sonnabend, d. 20. Januar 1917
Anfang 8 1/4 Uhr:

Die versunkene Glocke.

Schauspiel von G. Hauptmann.

Sonntag, den 21. Januar:
Nachmittags 3 Uhr:
Auf vielfachen Wunsch:

Aschenbrödel.

Abends 7 1/2 Uhr:

u. Dienstag, 23. Januar 1917:
Anfang 8 Uhr:

2 Gastspiele Harry de Garmo vom Hoftheater Wiesbaden in:

Mona Lisa

und

Der fliegende Holländer.

Keine erhöhten Preise.

Nr. 16
24. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Freitag, den 19. Januar 1917

Zur Deckung der Kriegsschulden.

Die Kriegsschulden wachsen zu einer Höhe an, die in Finanzkreisen beängstigend wirkt; werden doch schon 9 bis 10 Milliarden genannt, die nach dem Kriege jährlich an Zinsen für die Kriegsschuld aufzubringen sein werden. — Nicht wenige Politiker und Nationalökonomen beschäftigen sich mit dem schwierigen Problem, insbesondere mit der Frage, in welcher Form und auf welchem Wege die ungeheure Schuldenlast zu decken sein wird. In einem Artikel, der durch die Presse geht, behandelt auch der natl. Abg. Dr. Friedberg dieses Thema. Da das Problem alle Kreise der Bevölkerung berührt, so deuten wir an, was Friedberg hierzu zu sagen hat. Friedberg weist zunächst die Steuerpläne ab, die er für volkswirtschaftlich schädlich und unmöglich hält und geht dann auf die Frage ein, auf welche Weise man an eine Verzinsung und Abtragung der Kriegsschulden herantreten kann. Er hält eine möglichst schnelle Abbürdung der Schulden für nötig, um die Staats- und Volkswirtschaft von einem auf die Dauer unerträglichen Alpdruck zu befreien. Eine entschiedene Zurückweisung finden die Pläne, die Schuldenlast durch übermäßig hohe Einkommensteuern oder Vermögensabgaben abzuwälzen. Die Folgen der Aufzehrung des Einkommens durch die Steuer würden sich in dem Fortfall der Ersparnismöglichkeit, allgemeinem Kapitalmangel, Rückgang der Produktion, Arbeitslosigkeit und Ueberfüllung der nicht direkt produktiven Berufe zeigen. Zu demselben ablehnenden Urteil kommt Friedberg auch gegenüber dem Plan, eine Vermögensabgabe bis zu einem Drittel des Vermögenswertes zu erheben. Diese Abgabe scheitere schon an der Unmöglichkeit, die meist immobilen Vermögensobjekte bis zu einem Drittel ihres Wertes zu mobilisieren und in bares Geld umzusetzen.

Zur Lösung des Problems verweist nun Dr. Friedberg auf das Vorgehen der Vereinigten Staaten von Nordamerika nach Abschluß des Bürgerkrieges. Die Vereinigten Staaten hatten damals 10,8 Milliarden Mark mehr zu verzinsen und zu tilgen, als vor dem Kriege. Die Vereinigten Staaten erhöhten die Zölle, führten eine Grundsteuer und eine Einkommensteuer ein, die aber nur verhältnismäßig geringe Beträge lieferten. Die Hauptquelle bildete eine allgemeine Produktionssteuer, die in der Höhe von 5—6 Prozent des Wertes für jeden Verbrauchsartikel bei der Fortschaffung aus der Produktionsstätte zu zahlen war. Diese Produktionssteuer wurde, nachdem sie ihre Pflicht getan hatte, wieder abgeschafft. Mit den neugeschaffenen inneren Steuern hatte man nämlich bereits innerhalb sechs Jahren beinahe den vierten Teil und nach siebzehn Jahren beinahe die Hälfte getilgt. Dr. Friedberg weist nun auf die Aehnlichkeit hin, die zwischen der amerikanischen Produktionssteuer und der vom Reichstag kürzlich bewilligten Warenumsatzsteuer besteht. Bei einer Erhöhung des jetzigen Steuerfußes auf 1 Proz. würden sich auf Grund der Schätzungen des Abg. Herold nicht weniger als 2,5 Milliarden ergeben. Im übrigen betont Friedberg, daß eine weitere Steigerung der direkten Steuern notwendig erscheine.

Es bedarf allen Scharfsinns und aller konzentrierten Macht der Arbeiterschaft und deren Vertreter, um bei den vielleicht schon vor Friedensschluß einsetzenden Kämpfen um die neuen Steuern das Interesse der Arbeiter zu vertreten.

Ernährungsfragen.

Stattliche Prämien.

Nicht weniger als 500 000 Mk. hat der Hannoversche Viehhandelsverband zur Förderung der Viehzucht für das Jahr 1917 bewilligt. Der Zweck ist löblich. Man wird aber gleichwohl fragen dürfen: Wieviel halbe und ganze Millionen verdient dieser Verband überhaupt, wieviele Millionen verdient die Gesamtheit der Viehhandelsverbände, und sind diese auf Kosten des Verbandes gemachten Verdienste nötig? Müssen wir unter dem Drucke besonders hoher Fleischpreise leiden, damit ausgerechnet die Viehhändler die Viehzucht unterstützen können? Ist diese Unterstützung nicht vielmehr Sache der Landwirtschaftsministerien, die ja über entsprechende Gelder verfügen?

•

Nationaler Butterschmuggel.

Wir wissen seit der Antwort unserer Feinde an Wilson ganz genau, was uns bevorsteht: Krieg bis zum äußersten, bis zur Erschöpfung! Wir wissen es, weil wir nun genau erfahren haben, was unsere Feinde mit uns vorhaben — unseren Ruin! Ihn werden wir mit allen Kräften und Mitteln abzuwehren haben, das ist die allerselbstverständlichste Sache von der Welt. Hinrichten läßt man sich nicht gutwillig.

Ich halte die Antwort für dumm, die uns an Wilsons Adresse zugegangen ist; deshalb halte ich sie für dumm, weil unsere Feinde ihre Kraft sehr überschätzen. Sie können das, was sie mit uns vorhaben, militärisch nicht durchführen, und es ist sehr unklug, sich so zu vermessen.

Wird unseren Feinden unsere wirtschaftliche Not zu Hilfe kommen bei ihren nun offen enthüllten Plänen? Diese Frage ist jetzt die wichtigste von allen. So schreibt Hans Leuß in der „Welt am Montag". Ich vermisse in ihrer Behandlung den ihr zukommenden Ernst. Als Hindenburg seinen Brief veröffentlicht hatte, ist er absichtlich so mißverstanden worden, daß der Marschall einen zweiten Brief schreiben mußte. Was seitdem in den Zeitungen über Maßnahmen, Pläne und Meinungen auf diesem Gebiet zu lesen war, ist ebenso unangenehm wie die endlose Hilflosigkeit der „Konferenzen" über unseren Verkehr, dessen Nöte in 24 Stunden zu beseitigen wären. Die Mängel der Nahrung kann man freilich nicht so bald, nein, überhaupt nicht beseitigen; aber man soll wenigstens wissen und wollen und tun, was man kann. Vor allem soll man ernst und ehrlich sein und die Einsicht beweisen, daß es sich jetzt gerade in diesen Fragen um die allerernsteste Gewissensangelegenheit handelt. Den Beweis dieser Einsicht vermisse ich.

Mühsam nur kann man seine Herrschaft über sich selbst bewahren, wenn man liest, wie die agrarische Zeitung den Aufsatz eines Molkereidirektors Reimund in Fulda behandelt und verwertet. Der Aufsatz ist eine schwere Anklage gegen einen großen Teil der Landwirte. Herr Reimund wirft diesen vor, daß sie die Versorgung der Städte mit Butter, Milch und Käse vereiteln, indem sie in Massen die Lieferung ihrer Milch an die Molkereien einstellen, um zu Hause zu buttern. Dieser „Massenflucht aus den Molkereien" schreibt Herr Reimund zum großen Teile die herrschende Butterknappheit zu, und er fährt fort:

Die Handzentrifugenbutter und die Landbutter verschwinden vielfach in geheimen Kanälen. Es werden den Erzeugern von wohlhabenden Verbrauchern wahre Phantasiepreise für die Butter gezahlt. Neben der hohen Einnahme für die Butter reizt den Landwirt aber noch in viel höherem Maße die bei der Selbstverbutterung gewonnene Mager- und Buttermilch, die als willkommener Ersatz für die fehlenden anderen Futtermittel an Kälber und Schweine verfüttert wird. Hunderttausende von Landwirten, die früher ihre Milch an Molkereien lieferten, sind diesen Molkereien untreu geworden; sie haben sich Handzentrifugen angeschafft, buttern selbst, finden für die Butter reißenden Absatz und verfüttern alle Rückstände (Magermilch und Buttermilch). Braucht man sich unter solchen Umständen wirklich noch darüber zu wundern, daß immer weniger Molkereibutter auf den Markt kommt und daß die einheimischen Käse fast vollständig verschwunden sind?

Dieses Uebel durch einen Artikel noch befördert zu haben, wirft Herr Reimund der „Deutschen Tageszeitung" vor. Der Artikel macht Propaganda dafür, daß die Landwirte ihre Milch im eignen Betrieb entrahmen und nur den Rahm, nicht die Magermilch an die Molkereien liefern. Dieser Artikel, sagt Herr Reimund, ist gemeingefährlich und um so mehr, als er zur Reklame für eine in ihm empfohlene Sorte von Entrahmmaschinen von Berlin W. 9 aus verschickt wird. . .

Der Butterschmuggel, den die „Massenflucht der Landwirte aus den Molkereien" hervorruft, ist von Herrn Landrat v. Grävenitz vor dem „Kriegslehrgang der Landfrauen" in einer Rede behandelt worden, und diese Rede bestätigt die Anklage des Hern Reimund. Herr v. Grävenitz sagte nämlich:

Es ging noch einigermaßen, wo die Butter aus den Molkereien kam; sehr schwer war es aber, die sogenannte Bauernbutter heranzubekommen. Erstens schmeckt sie selber gut, zweitens brauchen die Kälber Milch, drittens ist der Aufkauf noch nicht genügend organisiert. Wenn der Landmann erst einer Reise machen soll, um seine Butter für 2,20 Mark abzugeben, so sagt er sich: Dann behalte ich sie lieber selber. Los wird er sie schon. Wenn's dunkel wird, kommt ein freundlicher Herr und — 8 bis 10 Mk. In den Städten schreit man dann über „Habgier auf dem Lande". Ja, geht denn die Frau in die Stadt und bietet sie für 10 Mark an? Oder kommen nicht die Städter in Haufen und betteln: egal, was es kostet, aber wir wollen die Butter haben! (Allgemeine Zustimmung.)

Aus dem ersten Satze geht hervor, daß früher die Molkereien mehr Butter liefern konnten; — Herr Reimund enthüllt uns, warum sich das geändert hat. Aus den weiteren Sätzen der Rede erfährt man, daß und weshalb die nicht mehr in Molkereien hergestellte Butter der Gemeinwirtschaft entgeht.

Die Massenflucht aus den Molkereien befördert den Schmuggel und den Wucher. Das illegitime Geschäft mit Nahrungsmitteln verbreitet sich immer weiter. Erzeuger und Händler arbeiten einträchtiglich. Ein Abgeordneter fesselte jüngst seine Zuhörer mit den Worten: Wir handeln alle gegen die Verordnungen und müßten alle bestraft werden. Eine naive Offenbarung ist es, was der Magistrat von Neukölln zugunsten des Beamten festgestellt hat, der von Gaunern um 200 000 Mark zum Schaden der Stadtkasse geprellt worden ist:

Der einzige Vorwurf, den man ihm machen könne, sei, daß B. vielleicht etwas zu kaufmännisch vorgegangen sei. Er durfte Fleischwaren, die der Beschlagnahme unterliegen und nur nach Deutschland eingeschmuggelt seien, nicht ohne weiteres annehmen, um so weniger, als die Ware als Militärlieferung bezeichnet gewesen war.

Ich habe nichts gegen die Rechtfertigung an sich, desto mehr aber gegen den Zustand, den sie offenbart; der muß aus der Welt geschafft werden, und daß es geschehe, ist jetzt die Frage aller Fragen. Ich lasse alle übrigen Gründe der Moral und der Gerechtigkeit aus dem Spiel und beschränke mich auf die eine gewisse Tatsache: der uns nun aufgezwungene Krieg bis zum äußersten ist in seinem Verlauf bedingt durch ehrliche Anerkennung und Durchführung absoluter Gemeinbürgschaft im Anspruch an die Nahrungsmittel.

Kein Mensch darf mehr einen Privatanspruch an Lebensmittel erheben, deren Besitz und Verbrauch ihm einen Vorzug vor andern gewährt. Das Schmuggeln im Land und alles, was damit zusammenhängt, mag bis jetzt als eine natürliche Wirkung der Verhältnisse milde angesehen worden sein; ja man mag bisher beide Augen vor diesem nationalen Schmuggel zugedrückt haben, weil er ein natürliches Gewächs des zerkünstelten Marktes war; — er muß aufhören! Wenn Beamte das nicht durchsetzen können, rufe man Privatleute zusammen oder setze Offiziere ein mit unbeschränkter Vollmacht, aber auch mit unbedingtem Auftrag! Nicht im geringsten zweifle ich daran, daß nichts als nur ernstes Wollen und Können nötig sind, um uns alle ausreichend zu nähren. Den Weg dahin werden wir ebnen, wenn wir ernstlich anfangen, jedem ein Stigma auf die Stirn zu brennen, der nicht auf eine Extrawurst verzichten will.

•

Wo die Milch bleibt.

In einer Zeit, wo die Milchversorgung der Großstädte immer knapper wird und in manchen Städten kaum die Kinder unter sechs Jahren und Kranken mit Vollmilch versorgt werden können, ist die Zuschrift eines Landwirts an die gewiß nicht agrarfeindlichen Bestrebungen verdächtigen „Tägliche Rundschau" von Interesse, die wieder einmal beweist, daß nicht die Futtermittelverhältnisse an der Milchnot schuld sind. Der Einsender sagt da unter anderm:

Die Milchnot ist allgemein und doch sind auf dem Lande Hunderttausende von Menschen, welche Milch abgeben könnten. Ich nehme folgenden Fall, der bei mir und wohl noch überall vorhanden ist, ob nun auf kleinem, großem oder größerem Gute. Da hat eine Tagelöhnerfrau, der Mann steht im Felde und die Frau bekommt Unterstützungsgelder, mit ihrem oft nur einem kleinen Kinde, manchmal sind es zwei, drei, selten vier Kinder, fünf schon gar nicht, eine Kuh, die meist im Gutsstalle steht. Das Tier wird von seiner Besitzerin, also der Tagelöhnerfrau, besonders gut noch neben dem üblichen Rauhfutter mit Runkelrüben, welche die Leute in ihrem Garten besonders hierzu anbauen, gefüttert. So gibt eine solche Kuh 10 bis 14 Liter Milch, oft mehr, selten weniger, denn schlechte Milcher halten sich selten die Leute.

Ich habe z. B. 19 Leutekühe. Von diesen 19 Kühen bekommen die Leute zusammen, gering gerechnet, etwa 9 Liter Milch, es werden aber 10 und 12. So wären es 19 × 9 = 171 Liter; hierin hätten sich nach genauer Feststellung 35 Erwachsene und 30 Kinder zu teilen, also à 3 Liter Milch; — wozu das, wo die Städter darben? Weiter: die Leute zentrifugieren nicht, haben das alte Abrahmsystem, die Butter wird im Hause, die Magermilch beim Vieh verbraucht. Ich sah selber beim Tagelöhner etwa zwei Pfund Butter beim Kaffee auf dem Tisch

Schuld und Sühne.

Roman aus dem Russischen von F. M. Dostojewskij.

71. Fortsetzung.

„Mit einem Worte, in die Retorte, aus welcher all' das hervorgeht, habe ich nicht geschaut, aber ein bestimmtes Gesetz besteht unfehlbar, es muß vorhanden sein; hier gibt es keinen Zufall." —

„Aber was sprecht ihr beide nur da, scherzt ihr?" begann endlich Rasumichin. „Ueberlistet ihr euch gegenseitig? Da sitzen sie nun und schwatzen aufeinander los! Du meinst dies ernst, Rodja?" —

Raskolnikow hob das bleiche, fast traurige Gesicht nach ihm, aber er antwortete nicht. Seltsam nahm sich für Rasumichin neben diesem ruhigen, traurigen Antlitz der unverholene, zudringliche, eifernde und sogar unpassende Sarkasmus von Porphyrius aus.

„Nun, Freund, wenn du es so ernst meinst, dann — — du hast jedenfalls recht mit der Behauptung, daß all' das Gesagte nicht neu sei, und mit dem verwandt, was wir schon tausendmal gelesen und gehört haben. Aber was tatsächlich originell in alledem war, und nur allein von dir stammt, zu meinem Entsetzen, ist dies, daß man Blut vergießen darf vor seinem Gewissen; und, nimm es mir nicht übel, mit solch' einem Fanatismus sogar. Hierin scheint mir der Hauptgedanke deiner Arbeit zu liegen. Dieses Blutvergießen vor dem Gewissen, dies ist nach meiner Ansicht noch furchtbarer, als ein offenes, gesetzmäßiges Urteil, nach welchem Blut vergossen werden soll."

„Völlig richtig, es ist furchtbarer!" rief Porphyrius aus.

„Nein; du läßt dich nur zu sehr hinreißen! Hier liegt ein Irrtum vor. Ich werde den Aufsatz vorlesen. Du hast dich verführen lassen, du kannst nicht so denken. Ich werde den Aufsatz lesen."

„In demselben steht nichts hiervon; er enthält nur Hinweisungen," bemerkte Raskolnikow.

„So, so," meinte Porphyrius, „mir begann erst jetzt klar zu werden, wie Ihr das Verbrechen betrachtet, aber — entschuldigt meine Zudringlichkeit — ich belästige Euch, und es ist mir dies selbst unangenehm — seht: Ihr habt mich bezüglich der möglichen Irrtümer bei einer Verwechslung der beiden Klassen sehr zufriedengestellt, aber — mir liegen nunmehr alle die verschiedenen, praktischen Möglichkeiten am Herzen! Wie wenn sich irgend ein Mensch, etwa ein Jüngling, sei er ein Solon oder ein Mahomet, — natürlich der Zukunft — nach Beseitigung aller der erwähnten Hindernisse — vor die Unternehmung eines fernen Feldzugs gestellt sähe, und Geld brauchte — nun, da wird er es wohl schaffen müssen für sich zu diesem Feldzug — versteht Ihr?"

Zametow pustete plötzlich in seiner Ecke. Raskolnikow erhob nicht einmal den Blick nach ihm.

„Ich muß zugeben," begann er ruhig, „daß derartige Fälle allerdings vorkommen müßten. Die Törichten und die Großsprecher würden da besonders herangezogen werden, auch die Jugend natürlich" —

„Nun seht, und dennoch?" —

„Es ist schon so," lächelte Raskolnikow, „ich bin nicht daran schuld; so ist es eben und wird es immer bleiben. Der da" — er wies auf Rasumichin — „sagte soeben, daß ich die Todsünde aufhebe. Ist dem so? Die Gesellschaft ist nur allzusehr sichergestellt mit Verbannung, Gefängnis, Kriminaluntersuchungen und Festungsstrafen — was hätte sie noch zu befürchten? Sucht nur den Dieb!"

„Und wenn wir ihn finden?"

„Dann laßt ihn seinen Schicksalsweg gehen!"

„Ihr seid so logisch, was wird aber mit seinem Gewissen?"

„Geht dies Euch etwas an?"

„Nun, es ist der Humanität halber."

„Wer diese hat, der leidet schon, wenn er sich seines Fehltritts bewußt wird. Dies ist seine Strafe — ganz abgesehen noch von der Festungshaft in Sibirien."

„Somit dürfen also die wahrhaft Genialen," Rasumichin verzog das Gesicht bei dieser Frage, „denen das Recht zu töten gegeben ist, überhaupt gar nicht leiden, auch nicht für vergossenes Blut?"

„Warum das Wort „dürfen"? Es gibt hier überhaupt weder Erlaubnis noch Verbot. Mag er leiden, wenn ihn sein Opfer jammert! Das Leiden und der Schmerz sind stets vereint für umfassende Erkenntnis und tiefe Gemüter! Erhabene Menschen müssen, wie mir scheint, doch einen großen Schmerz über die Welt empfinden," fügte er plötzlich gedankenvoll hinzu, nicht mehr im Ton der Unterhaltung.

Er hob die Augen, schaute tiefsinnig auf seine Umgebung, lächelte und griff nach seiner Mütze. Er war auffallend ruhig geworden im Vergleich mit der Stimmung, in welcher er eingetreten, und er empfand dies wohl. Alle erhoben sich.

„Nun scheltet mich oder tut es nicht, zürnt mir oder zürnt mir nicht, aber ich werde keinesfalls dulden" — schloß Porphyrius Petrowitsch, „erlaubt mir noch eine einzige kurze Frage — ich quäle Euch wirklich zu sehr — eine kleine Idee nur möchte ich noch äußern, nur damit ich sie nicht vergesse" —

„Gut, äußern Sie Ihre Idee," antwortete Raskolnikow, ernst und bleich, in Erwartung vor ihm stehen bleibend.

„Sie ist — ich weiß in der Tat nicht, wie ich sie am besten anbringen soll — sie ist eigentlich mehr eine Spielerei, psychologischen Charakters. — Als Ihr Euren Aufsatz schriebt — aber das kann ja wohl nicht gut möglich sein, hähä, daß Ihr Euch etwa selbst — nun, wenn auch nur ein klein wenig — für einen jener „außergewöhnlichen" Menschen, der solch' ein „neues Wort" spräche, — natürlich nur so in Eurem Gedanken — hieltet? Sollte es so sein?"

„Sehr wohl möglich," versetzte Raskolnikow nachlässig. Rasumichin machte eine Bewegung.

„Und wenn dem so ist, dann könntet Ihr vielleicht gar selbst Euch dazu verstehen — angesichts so mancher irdischen Gebrechen und Uebelstände, oder zur Förderung der ganzen Menschheit — Hindernisse zu überschreiten? Zum Beispiel morden und rauben?" — Wiederum blinkte jener ihm mit dem linken Auge zu und lachte leise — gerade wie vorher. —

„Wenn ich diese Grenze übertreten hätte, dann würde ich es sicherlich Euch nicht sagen," versetzte mit herausfordernder, stolzer Verachtung Raskolnikow.

„Nicht so; ich interessiere mich ja eben nur für das vollständige Erfassen Eures Artikels, lediglich in literarischer Beziehung."

„Pfui, wie unverholen und frech," dachte Raskolnikow voll Ekels.

„Ich muß Ihnen bemerken," versetzte er trocken, „daß ich mich selbst nicht für Mahomet oder Napoleon halte, noch für sonst eine diesen ähnliche Persönlichkeit, folglich kann ich Ihnen auch die Genugtuung einer Aufklärung gewähren darüber, wie ich etwa gehandelt hätte." —

„Genug; wer von uns in Rußland hält sich jetzt nicht für für einen Napoleon?" rief plötzlich mit übermäßiger Kordialität Porphyrius; selbst in der Färbung seiner Stimme lag jetzt ein besonders heller Klang.

„Hat nicht ein zukünftiger Napoleon unsere Aljona Iwanowna in vergangener Woche erst mit der Axt ermordet?" rief Zametow plötzlich aus seiner Ecke herüber.

Raskolnikow schwieg und blickte unverwandt und fest auf Porphyrius. Rasumichin machte ein finsteres Gesicht; es schien, als habe sich ihm bereits seit längerem eine Ansicht aufgedrängt. Er schaute zornig im Kreise umher; es verging eine Minute tiefen Schweigens.

Raskolnikow wandte sich zum Gehen.

„Ihr geht schon?" frug Porphyrius freundlich, ihm außerordentlich liebenswürdig die Hand hinreichend. „Ich freue mich recht sehr über Eure Bekanntschaft, und hegt in bezug auf Eure Bitte keinerlei Bedenken. Schreibt nur so, wie ich gesagt habe; noch besser ist es, Ihr kommt selbst zu mir her, in den nächsten Tagen; meinetwegen auch morgen! Ich werde wahrscheinlich um elf Uhr daheim sein und wir ordnen dann alles und sprechen darüber. Ihr seid einer der letzten, die dort gewesen sind bei der Alten, und könnt uns vielleicht etwas mitteilen," schloß er mit gutmütigem Gesicht. (Fortsetzung folgt.)

sehen. Es gab mir ein Tagelöhner, als ich darauf hinwies, daß er zu seinem Frühstück neben dick mit Butter bestrichenem Brote noch etwa ein halbes Pfund geräucherten fetten Speck aß, zur Antwort: „Da esse ich noch drei bis vier Eier in die Pfanne geschlagen zu.“

Der Einsender ist der Ansicht, daß von seinem Gute allein durch die Leute, die nicht einmal groß in ihren Lebensbedingungen gestört zu werden brauchten, täglich 100 bis 120 Liter Milch abgegeben werden könnten. Allerdings müßte in jedem Dorfe oder Gute eine Ablieferungsstelle eingerichtet werden, die nötigenfalls die Ablieferung erzwingt.

Soweit wird man dem Landwirt für seine Anregung zu Dank verpflichtet sein. Auf das dickgestrichene Butterbrot mit Speck und Eier wollen wir nicht weiter eingehen. Hier scheint ziemlich viel Aufschnitt dabei zu sein. Aber es dürfte die Frage erlaubt sein, was mit der Milch der Herrschaftskühe geschieht. Wird diese so ganz restlos abgeliefert, daß dem „Selbstverbraucher“ nur das unbedingt Nötige an Milch und Butter verbleibt? Der Ertrag aus diesen Kühen müßte noch weitaus größer sein als der der Leutekühe — wenn eine Ablieferungsstelle mit der nötigen Aufsichtsbefugnis dahinterstände. Herr v. Batocki wendet, wie er versichert hat, der Milchfrage in diesen Tagen seine besondere Aufmerksamkeit zu. Vielleicht dient ihm die Zuschrift dieses Landwirtes als wertvoller Fingerzeig.

*

Ein Landrat gegen die Landwirte.

Der Landrat des Kreises Marienburg muß in einer Verfügung über die Milchlieferungen feststellen, daß es noch viele Landwirte gibt, die sich um die betreffenden Anordnungen wenig oder gar nicht kümmern und ohne stichhaltigen Grund sehr wenig, teilweise sogar keine Milch an eine Molkerei abliefern. Im Haushalt solcher Milchviehbesitzer würde viel Milch über das gesetzlich zulässige Maß verbraucht. Bei festgestellten Verstößen gegen die ergangenen Anordnungen sei der Landrat gezwungen, die Hilfe des Staatsanwalts in Anspruch zu nehmen; auch müsse er solchen Landwirten, die sich im Verbrauch von Vollmilch unzuverlässig gezeigt haben, die Zentrifuge bezw. die Butterfässer verschließen lassen.

Mit welchen Mittelchen die Agrarier zu bewegen versucht werden, Nahrungsmittel abzuliefern, beweist nachstehendes Beispiel: Der Kreis Ortelsburg hat ein Ehrenbuch angelegt, in das diejenigen Ortschaften eingetragen werden sollen, die sich besonders um die Einsammlung und Abgabe von Lebensmitteln verdient gemacht haben. Auch Kreiseingesessene, die sich bei der Lieferung hervorgetan haben, sollen durch Eintragung ihrer Namen in das Ehrenbuch ausgezeichnet werden.

Die „zahmen deutschen Noten“.

Der Landrat Dr. Rich. Freund hat in einer Zuschrift an den Chefredakteur des „Berl. Tagebl.“ seinem Herzen über die Kriegsziel und Friedensbedingungen Luft gemacht. Das Schreiben wird im „Berl. Tagebl.“ veröffentlicht. Dr. Freund sagt: „Lesen die Massen in den gegnerischen Ländern die „Kriegsziele“ und „Friedensbedingungen“ der Entente, lesen sie die zahmen und entgegenkommenden deutschen Noten, so wird ihre bisherige Ueberzeugung von dem Uebergewicht der Entente und der Sicherheit ihres Endsieges unerschütterlich. Das muß natürlich die Kriegsbegeisterung und den Siegeswillen der eigenen Völker ins Ungemessene steigern, das muß die neutralen Völker jedem Druck der Entente gefügig machen.“

Weiter führt Dr. Freund aus: „Die Ententeantworten müssen als das genommen werden, was sie unzweifelhaft sind: Als Trick und Bluff. Will man aber diese Auffassung nicht gelten lassen, und will man die Antworten ernst nehmen, so gleitet die ganze Frage auf das pathologische Gebiet über. Ich neige dieser letzteren Auffassung nicht zu, sondern sehe in den führenden Entente-Staatsmännern keine Irrsinnigen, sondern ganz gesunde Schurken, die ihre Existenz nur von Lügen und Täuschungen fristen. Diesem Gesindel eine vornehme Behandlung zuteil werden lassen, ihnen wie anständige Menschen antworten, ist aber verfehlt: Auf einen Schelmen anderthalb. — Man will kräftige Worte hören, das deutsche Volk zittert vor Wut über die Unverschämtheiten und Schurkereien der Feinde und will, daß dieser Stimmung ein entsprechender Ausdruck verliehen werde. Man will keine vornehmen Gesten, man will Fußtritte mit Kürassierstiefeln. Das ist auch notwendig, um die Stimmung im Volke zu halten, die Kriegsbegeisterung anzufachen und das Volk nicht irre werden zu lassen an der Siegeszuversicht. . . . Ich kenne jetzt nur ein Kriegsziel, das ist: der Sieg.“

Die rechtsstehende Presse ist entzückt über diese kräftige Sprache Dr. Freunds. Die „Tägl. Rundschau“ überschreibt seine Ausführungen: „Herzerfrischendes im „Berliner Tageblatt“ und sagt am Schluß:

„Natürlich paßt das ins „B. T.“ wie die Faust aufs Auge. Deswegen bleibt es aber doch herzerfrischend und wahr. . . .“

Gewerkschaftsbewegung.

Der Streik der Magdeburger Straßenbahnschaffnerinnen ist beendet. Verhandlungen mit der Direktion erzielten folgendes Ergebnis: Die Schaffnerinnen erhalten einen Stundenlohn von 40 Pfg. bei achtstündiger Arbeitszeit. Um der Direktion Gelegenheit zu geben, sich für die in Kürze einzuberufenden Männer Ersatzkräfte zu schaffen, sind die Schaffnerinnen bereit den Neunstundentag bis 15. Februar anzuerkennen. Jedoch verpflichtet sich die Direktion die bei der Diensteinteilung vorkommenden Härten, z. B. die Dienstdauer von 6 bis 1 Uhr hintereinander, die allzu kurze Nachtruhe von 3 bis 4 Stunden sofort abzustellen. Auch die bessere Behandlung wurde zugesagt.

Soziales.

Ein Notgesetz für das Verkaufspersonal verlangt eine Eingabe des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen an Bundesrat und Reichstag. Es wird gewünscht, daß der Sieben-Uhr-Ladenschluß umgehend auf alle offenen Verkaufsgeschäfte ausgedehnt und auf die Dauer beibehalten wird. „Der Krieg hat nicht nur viele Männer getötet und ihnen Wunden geschlagen, auch die mangelhafte Ernährung beeinträchtigt vielfach die Lebenskraft. Es muß deshalb jetzt alles getan werden, was geeignet ist, die Überlebenden und die späteren Geschlechter zu schonen. Von diesem Gesichtspunkte aus wird unter Verlangen nach dem dauernden allgemeinen Sieben-Uhr-Ladenschluß von der Öffentlichkeit gebilligt zumal die jetzt beim Einkauf zutage tretenden Schwierigkeiten (das lange Warten der Käufer vor den Läden, die vorherige Besorgung von Bezugsscheinen usw) nach Kriegsende wegfallen werden.“

Aus Nah und Fern.

Die Beköstigung der Soldaten im Felde. Aus Berlin wird mitgeteilt: Zu der Blättermeldung über die den Soldaten im Felde zustehenden Gebührnisse ist folgendes zu bemerken: Die Soldaten draußen erhalten seit dem 1. Juni 1916:

Gemüse: nicht 150 Gramm, sondern 125 Gramm Reis, Graupen, Grieß,

nicht 1500 Gramm Kartoffeln oder 250 Gramm Kartoffelflocken oder 300 Gramm Dörrkartoffeln, sondern 300 Gramm Kartoffeln oder 50 Gramm Kartoffelflocken oder 60 Gramm Dörrkartoffeln nebst entsprechenden Teilen der andern Gemüsesorten für den Ausfall an Kartoffeln gegenüber dem Portionssatz von 1500 Gramm.

nicht 150 Gramm, sondern 125 Gramm Backobst,

nicht 25 Gramm Kaffee, sondern 15 Gramm Kaffee nebst 6 Gramm Zichorien.

an Brotaufstrich: nicht 65 Gramm Butter oder Schmalz oder fettes Schweinefleisch in Dosen, sondern 35 Gramm Butter oder Schmalz oder fettes Schweinefleisch in Dosen für den Westen, 65 Gramm Butter usw. für den Osten.

nicht 125 Gramm Käse, sondern für den Kopf und Monat 200 Gramm Käse

an Genußmitteln: nicht 0,1 Liter Branntwein täglich, sondern nur unter besonderen Voraussetzungen, Klima, Witterung usw., 0,1 Liter Branntwein,

nicht 0,1 Liter Fruchtsaft, sondern 0,02 Liter Fruchtsaft,

an Brot: nicht 75 Gramm Mehl, sondern bis zu 40 Gramm Mehl.

Weibliche Hilfskräfte bei der Polizei. Die Preisprüfungsstelle in Köln hat beschlossen, weibliche Hilfskräfte für die städtische Polizei einzustellen. Die Frauen sollen vor allem die Kleinhandelspreise überwachen. Dieser Beschluß verdient Nachahmung.

Dankschreiben auf Bestellung. Der „Münchener Post“ wird von einem Bergarbeiter aus Penzberg geschrieben: Von der Hindenburg-Spende wurden uns vor Weihnachten sieben Schweine von etwa 14 Zentnern zugewiesen. Davon haben die Untertagsarbeiter, Heizer und Schmiede je ein Pfund erhalten. Etwas blieb noch übrig, und davon erhielten diese Arbeiter, soweit der Vorrat reichte, wiederum ein Pfund. Hernach stellt sich heraus, daß auch andere Leute, die nicht Schwerarbeiter sind, von dem Fleisch erhalten haben. Dieser Tage ließ nun Direktor Müller einen Vertreter der Arbeiter rufen und übergab ihm ein Schreiben des Bezirksamtes, in dem ein der Bayerischen Fleischversorgungsstelle zugeleiteter Wunsch der Verwaltung der Hindenburg-Spende, die Arbeiter möchten Dankschreiben für das Fleisch „an die Person des hohen Spenders“ (eines nichtbayerischen Prinzen und Generals, dessen Namen wir in dem nachfolgenden Brief weglassen) richten, an die Werkdirektion befürwortend weitergeleitet wird. Der Brief des Bezirksamts lautet:

Mitteilung an die Bergwerksdirektion Penzberg.

Weilheim, am 9. Januar 1917.

Betreff: Hindenburg-Spende.

Die Bayer. Fleischversorgungsstelle hat von der Verwaltungsstelle der Hindenburg-Spende der deutschen Landwirte, Berlin, folgendes Schreiben erhalten:

„Wir bitten zu veranlassen, daß von seiten der Werke, deren Arbeiter mit Fleisch oder Speck der von . . . . . . Königliche Hoheit, für die Hindenburg-Spende gestifteten 6000 Schweine versehen worden sind, möglichst bald Dankschreiben durch die Werkleitung oder besser noch durch die Arbeiter selbst oder ihre Arbeiterausschüsse an die Person des hohen Spenders gerichtet werden.“

Ich ersuche, gütigst dahin wirken zu wollen, daß diese gewünschten Dankschreiben von den Schwerarbeitern, die von den Schweinen aus der Hindenburg-Spende Fleisch erhalten haben, gemacht werden.

Faigl.

Die Arbeiter sind der Meinung, daß sie sich nicht zu bedanken brauchen wegen eines Pfundes Fleisch, für das 1,60 Mk. bezahlt werden mußte. Wo die Schweinshaxl und die Leber- und Blutwürste hingekommen sind, ist überhaupt nicht bekannt. Die Bergarbeiter, die jeden Tag 8½ Stunden unter Tag in der schlechten Luft schwer arbeiten müssen, erhalten in der Woche 250 Gramm Fleisch, und wenn sie dann einmal ein Pfund ohne Marken, aber um ihr sauer verdientes Geld bekommen, sollen sie sich noch bedanken! Da würde ja bei dem „Stifter“ (lies: Verkäufer) der Schweine schließlich die falsche Meinung erweckt werden, die Arbeiter hätten durch Eingreifen irgendeines unbekannten Wohltäters das Fleisch umsonst erhalten. Und wenn das Fleisch den Arbeitern wirklich geschenkt worden wäre, so wären bestellte Dankbriefe gewiß kaum im Sinne des Spenders.

Ein finnischer Wasserfall von Rußland enteignet. „Nationaltidende“ meldet aus Petersburg: Die russische Regierung verfügte die Enteignung des finnischen Wasserfalls Valinskoski oder der kleinen Imatraka für Staatszwecke. Der Wasserfall soll zusammen mit der großen Imatraka für die Versorgung des Gouvernements und der Stadt Petersburg ausgenutzt werden. Man rechnet mit einer jährlichen Kohlenersparnis für Petersburg von 3 Millionen Tonnen oder 60 Prozent des jetzigen Verbrauchs. Die großen Anlagen bei den Wasserfällen sollen in drei Jahren fertiggestellt sein.

Schweres Eisenbahnunglück in Köln. Auf der hohen Hohenzollernbrücke ereignete sich in der Nacht zum Donnerstag ein schweres Eisenbahnunglück. Ein Personenzug entgleiste, wobei mehrere Wagen umschlugen. Es wurden etwa 20 Personen schwer verletzt. Sie fanden in den Kölner Hospitälern Aufnahme.

Eisenbahnunglück. Nach einer Havasmeldung aus Massy Palaiseau ereignete sich Mittwoch vormittag 11 Uhr auf dem dortigen Bahnhofe ein Eisenbahnunglück. Zehn englische Urlauber wurden getötet, etwa dreißig erlitten Verletzungen.

Neuyork, die größte Stadt der Welt. Die Neuyorker Handelskammer veröffentlicht eine Statistik über die Entwicklung Neuyorks in den letzten Jahren, die durchweg Rekordziffern aufweist. Danach hatte Neuyork beim Jahreswechsel 1916/17 eine Bevölkerungsziffer 7½ Millionen Einwohnern erreicht. Der Bericht hebt hervor, daß Neuyork sich in den letzten vier Jahren um eine Einwohnerzahl vergrößert habe, die höher sei als die gesamte Einwohnerzahl von Städten wie Boston oder St. Louis. Einen Rekord weise ebenso die Bautätigkeit der Stadt Neuyork auf. Durchschnittlich wurde in jeder Viertelstunde in Neuyork ein neues Haus hergestellt. Neuyork hat jetzt 38 000 Fabriken, die jährlich Waren im Werte von 3 Milliarden Dollars herstellen, 250 Theater, 103 Krankenhäuser, 553 Schulen mit zusammen 800 000 Schülern und 198 Parks. Mit jeder dieser Ziffer hat Neuyork London als größte Stadt der Welt überholt.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

In der Nacht zum 18. Januar ist nach arbeitsreichem Leben unser allverehrter Chef

Herr Richard Strahl

durch den Tod von uns geschieden.

In unermüdlicher Hingabe an das erfolggekrönte Werk seines Lebens ist er seinem in zielbewusster Arbeitsgemeinschaft im Leben mit ihm verbundenen Bruder in den Tod gefolgt.

Tiefergriffen stehen wir an der Bahre des uns lieben Entschlafenen, in dem wir den Verlust eines wohlwollenden Chefs, eines getreuen Vorbildes nie versagender Pflichterfüllung, welchem ein lauterer Charakter, gepaart mit edler Gesinnung, innewohnte, schmerzlich beklagen.

In ehrendem Angedenken wird er für alle Zeiten unter uns fortleben.

Die Geschäftsleitung und das Personal des Hauptkontors der Firma Rudolph Karstadt, Lübeck.

6966

Nachruf.

Wir mussten die traurige Nachricht empfangen, dass es Gottes Wille war, heute nacht nach kurzer Krankheit unsern hochverehrten Chef

Herrn Richard Strahl

zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Tiefbewegt stehen wir an der Bahre. Sein Scheiden von uns bedeutet den Verlust eines der Besten, der uns in allen seinen Handlungen ein leuchtendes Vorbild war. Mit seinem Wissen bereicherte er uns, sein nie ermüdender Schaffensgeist zeigte uns den Weg der Arbeit. Er war uns Bildner und Berater. Mit seinem Geist beseelt soll es uns höchste Aufgabe sein, nach seinem Willen seiner Arbeit Werk zu dienen.

Ein ehrendes Andenken für alle Zeiten.

Die Abteilungsleiter der Firma Rudolph Karstadt, Lübeck.

6997

Nachruf.

Unser hochverehrter Chef

Herr Richard Strahl

wurde heute durch den Tod in die Ewigkeit von uns gerufen.

Wir betrauern in ihm den Menschen, der durch seine Gerechtigkeit und Herzensgüte in uns die Liebe zu ihm für immer gepflanzt hat.

Wir werden seiner stets gedenken.

Das kaufmännische Personal der Firma Rudolph Karstadt, Lübeck.

6998

Nachruf.

Heute nacht starb nach kurzer Krankheit unser hochverehrter Arbeitgeber

Herr Richard Strahl.

Wir betrauern in ihm den Verlust eines der besten und aufrichtigsten Menschen, den wir durch sein Wesen von Herzen lieb gewonnen.

Ein ehrendes Andenken für immer!

Das gewerbliche Personal der Firma Rudolph Karstadt, Lübeck.

6999

Visitenkarten

liefert schnellstens

Buchdruckerei Fr. Meyer & Co.

schottische Karre.

August Scheere, Retteich 14.

Hasenfelle, Kanin, Marder, Fuchs, Iltis usw.

sowie **Pferde- u. Kuhhaare**

kauft zu den höchsten Tagespreisen (6992

D. Wagner, Holstenstr. 8.